

Erscheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 20 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit 10 Pf. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Voll-Abonnement: 30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich: Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Verwaltung-Verzeichnisse für 1892 unter Nr. 4662.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeitspalt oder deren Raum 40 Pf. für Berlin- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Amt VI, Nr. 4108.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Reuth-Strasse 2.

Freitag, den 8. Januar 1892.

Expedition: Reuth-Strasse 3.

### Fiasko über Fiasko.

In der ultramontanen Presse macht sich wieder einmal ein großer Leitartikel breit, welcher das Thema: „Die Sozialdemokratie am Ausgange des Jahres 1891“, behandelt und zu dem für die schwarzen Seelen so überaus erfreulichen Resultate kommt, daß die sozialdemokratische Partei im vergangenen Jahre Fiasko über Fiasko erlebt habe. Der Erfurter Kongress war ein Fiasko, die „Sezession der Jungen“ war ein Fiasko, Bollmar's Auftreten, das Auftreten v. Elm's in Hamburg, der Buchdruckerstreik, die augenblicklichen Schwierigkeiten der Berliner Arbeiterbildungslehre, das Nicht in Fluß kommen der Reinernterbewegung, das angebliche Einschlagen der Arbeiterinnenbewegung, die Bemühungen, welche notwendig sind, einzelne sozialdemokratische Blätter in der Provinz über Wasser zu halten, die mit ultramontaner Hilfe so schön herausgeführten Triumphe der „Sozialdemokratischen Zukunftsbilder“ Eugen Richter's, die geistige Unfähigkeit der ganzen sozialdemokratischen Partei u. s. w., — was man nur hinblickt, Fiasko über Fiasko!

Es ist wahrhaftig entsetzlich! Schade, daß bei all unsern Fiaskos den schwarzen Herren schließlich ganz unheimlich zu Muthe wird. Man sollte es kaum glauben, aber es ist doch wahr. Ueber die unermessliche Fülle unserer angeblichen Fiaskos brechen diese unverschämtesten Feinde schließlich in laute Klage aus: „Und trotzdem“, sagen sie, „wir bekennen es offen, ein stetes Anwachsen der sozialdemokratischen Gefahr. Alle Fehler, welche die Partei macht, verhindern es nicht, daß bei den Wahlen immer mehr und mehr Stimmen für sie abgegeben werden, daß mehr und mehr Stimmen für sie abgegeben werden, daß auch in Orten und Gegenden, die man bisher gänzlich unberührt glaubte, plötzlich und unvermuthet Anhänger der neuen Lehre auftauchen. Noch mehr als der Beunruhigungsgeist der Unzufriedenheits-Propaganda in der Luft und in der Gegend und verbreitet zu haben, ist die Schuld des Kapitalismus und des Materialismus, der unsere ganze Gesellschaft beherrscht. In einer Zeit, in der die moralische Fäulniß der sogenannten guten Gesellschaft sich in so erschreckendem Maße zeigt, wie jetzt, in einer Zeit, in der die Sucht nach Genuß und nach Geld das höchste Ziel ist, dem die bestehenden Klassen nachjagen, darf man sich nicht wundern, wenn auch die Arbeiter ihren Antheil am Genuß vermissen. Unter solchen Umständen können die Sozialdemokraten ruhig die Hände in den Schooß legen oder sonst Fehler machen, ihre Schaar wächst doch.“ Und am Schlusse fragen sie kummervoll: „Ob sich daran in diesem Jahre etwas bessern wird? Wir wollen es wenigstens hoffen.“ Es ist wahrhaftig ergötlich! Die helle Verzweiflung über die sozialdemokratischen Erfolge lügt zwischen den Zeilen gerade dieses Leitartikels hervor, der bestimmt war, die Mißerfolge der Sozialdemokratie zu summiren. Kein Wunder auch: jegliches Fiasko, das sie nitzen, ist in Wirklichkeit ein Beweis unserer Stärke und Sieghaftigkeit. Man braucht die ultramontane Presse nur

zu beobachten um die schlagendsten Beweise bei ihr selbst zu finden.

Unsere angebliche geistige Unfähigkeit z. B., welche das Fiasko des Erfurter Kongresses verursacht haben und dabei so besonders scharf hervorgetreten sein soll, hat für die ultramontanen Zeitungen ein äußerst beklagenswerthes Pech zur Folge gehabt. Kaum waren die Tage von Erfurt vorüber, als die ultramontane Presse daran ging, mit großer Renommisterei das neu geschaffene Parteiprogramm Punkt für Punkt zu widerlegen. Schon im ersten Artikel aber verleitete sie die Konsequenz der neuen sozialdemokratischen Programmgestaltung, sich mit der Idee der Entwicklung, welche in der ganzen modernen Wissenschaft webt und waltet, in schroffem Widerspruch zu setzen und den Geist, oder vielmehr die erschreckende Geisteslosigkeit der verrotteten und um viele Jahrhunderte rückständigen Scholastik zu verrathen. Die Folge war, daß der ganze Kampf gegen unser Programm einen Ausgang hatte wie das Hornberger Schießen, und daß die Ultramontanen allerorten von ihrer eignen Widerlegung unserer Forderungen am liebsten kein Sterbenswörtchen wissen möchten, dafür aber sich möglichst oft Sozialisten nennen, freilich Anhänger eines Sozialismus, wie ihn Leo XIII. in seiner Encyclica über die Arbeiterfrage zum Strebezweck der Kirche gemacht hat.

Und in allerneuester Zeit haben die ultramontanen Zeitungsschreiber bereits eingesehen, daß sie weit über die Forderungen der Encyclica Leo XIII. hinausgehen müssen, wenn sie von der Sozialdemokratie nicht in aller kürzester Zeit überflügelt werden wollen, wie es allen anderen Parteien bereits ergangen ist.

Das große rheinische Zentrumblatt, die „Kölnische Volks-Zeitung“, gestand in einem ausführlichen Artikel, der die Ueberschrift trug: „Verhängnißvolle Unterlassung“, daß die Ultramontanen sich nicht wundern dürften, wenn die Gewerkschaftsbewegung so mächtig werde und der Sozialdemokratie allein zu gute komme; die Zentrumspartei sei selbst schuld daran, sie hätte sich viel zu wenig um die Gewerkschaften und die gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiter gekümmert, und wenn die Vertreter der ultramontanen Partei nicht dafür sorgen würden, daß sich nichtsozialdemokratische Arbeiter, das heißt der Kirche ergebene, in größerer Zahl an der Gewerkschaftsbewegung beteiligten und die Leitung in die Hände zu bekommen trachteten, so würden die Sozialdemokraten auch da, wo den Ultramontanen heute noch die Massen anhängen, sehr bald die Oberhand gewinnen.

Nicht wahr, unsere geistige Unfähigkeit schreit zum Himmel? Sie ist so überwältigend, daß unseren intimsten Feinden nichts weiter übrig bleibt, wenn sie nicht elend zu Grunde gehen wollen, als mit uns in ein Horn zu stoßen. Unsere Kritik der herrschenden Gesellschaft müssen sie sich zu eigen machen; über den Kapitalismus und Genußmaterialismus der sogenannten guten Gesellschaft müssen sie Peter schreien — sogar das sogenannte in Verbindung

mit der guten Gesellschaft haben wir ihnen schon aufgenöthigt; von der Mannonsjagd der bestehenden Klassen müssen sie sich augenverdrehend abwenden; der Papst muß sich wohl oder übel um die Führung in der Sozialreform, anderen allerhöchst gestellten Sozialreformen zum Trost, bewerben; nach dem, wie sie selbst behaupten, „sozialdemokratisch durchsuchten“ Gewerkschaften müssen sie verliebte Blicke werfen, — sie die Mächtigen, die über alle Welt meisterhaft organisirten, die Neunmal-geschiedten, mit allen guten Geistern Verbündeten, mit allen Hundes Geheften! Und all ihre Liebesmüh scheitert an den Klippen der jämmerlichen Verhältnisse, die unter ihrem eigenen Regimente oder unter ihrer thätigen Beihilfe historisch erwachsen sind. Und dabei grünt und blüht die Sozialdemokratie, deren totale geistige Unfähigkeit weit genug reicht, um ihre Rolle zu begreifen, — die Rolle des modernen Rattenfängers von Hameln, nach dessen Pfeife die Kinder der sozialpolitischen Vergangenheit, mögen sie sich nun ultramontan, oder liberal, oder konservativ nennen — tanzen müssen, tanzen bis sie zu Grunde gehen und vom Erdboden verschwinden, als wären sie weggeblasen! Diese unsere geistige Unfähigkeit wird Euer böses Geschick uns erhalten, verlaßt Euch darauf, Ihr Unglücksraben!

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Januar.

Das heutige Gefängnißwesen, nach welchem System es nun auch eingerichtet sein möge — hat den Hauptzweck der Strafe: die Besserung der Gefangenen zu erwirken, eingeständenermaßen nicht erfüllt. Wenn einmal von irgend einem Enthusiasten oder Charlatan große Besserungsresultate ausposaunt werden, so erweist sich das regelmäßig bei genauerem Prüfen als Selbsttäuschung oder Schwindel. Die Fälle der „Besserung“ sind seltene Ausnahmen. Ausnahmen sind dagegen nicht die umgekehrten Fälle, das heißt die Fälle, in denen der Gefangene moralisch und im Charakter verderbt wird. Das Gefängniß erhebt nicht, es erniedrigt, es drückt den Gefangenen noch tiefer herab, bricht die Kraft der Individualität, macht feige, heuchlerisch, verlogen und roh. Und es hat diese demoralisirende Wirkung nicht bloß auf die Gefangenen, sondern auch auf die Gefängnißbeamten, welche in beständigem Verkehr mit den Gefangenen sind. Wir wissen, daß — wenigstens in Sachsen — sehr humane Instruktionen für die Aufseher und Schließer bestehen, und daß bei der Anstellung der Gefängnißbeamten auf Gutmüthigkeit und ruhiges, freundliches Benehmen gesehen wird, und wir können den meisten Gefängnißbeamten, mit denen wir in unserer ziemlich umfangreichen Praxis zu thun gehabt haben, das Zeugniß der Humanität und Zuverlässigkeit ausstellen. Allein das ändert nichts an der Thatsache — und sie ist jedem Gefängnißdirektor wohl bekannt —, daß ein

Mächtigen und Besizenden hat aus jener Lehre nur das angenommen und lebendig werden lassen, was ihren Wünschen zusagte, was denselben wenigstens nicht direkt widersprach.“ Und das ist wenig genug!

Die Lehre von der Unantastbarkeit des einmal erworbenen und rechtlich anerkannten Eigenthums ist ihnen z. B. deroohnen in Fleisch und Blut übergegangen, daß die ursprüngliche Art des Erwerbs, so lange nicht ganz direkter Diebstahl, Betrug oder Raub in Frage kommt, ganz nebensächlich erscheint. Sie wollen nichts davon wissen, daß Jeder sein Eigenthum nur mit Einwilligung der Mehrzahl der Staatsangehörigen besitzen und gebrauchen kann, obwohl sie der Staat zuweilen daran erinnert, wenn er gewisses Eigenthum für Staatszwecke einfordert. Die Leute vergessen, wie viele Staatseinrichtungen nöthig sind, um ihnen ihr Eigenthum zu bewahren und zu schützen, und daß der Besitzlose verhältnißmäßig größere Opfer für die Erhaltung solcher schützenden Staatseinrichtungen bringen muß, als der Besizende.“

Der Arbeiter muß Alles bezahlen!“ rief der Buchdrucker entschieden.

Wenn die Besizenden alle die Lasten,“ fuhr Ivan fort, „welche die zum Schutze ihres Eigenthums und ihrer Sonderrechte dienenden Einrichtungen nöthig machen, allein tragen, den gewaltigen Polizei-Apparat, die stehenden Heere aus ihrer Tasche bezahlen und die nöthigen Mannschaften aus ihren Reihen stellen sollten, so würden sie bald keine Besizenden mehr sein. Und wie wenig Bedürfniß haben die Proletarier nach solchem Schutze! Dieses ABC aller Staatsraison muß den Leuten erst gründlich klar gemacht werden, ehe man die Befehle von dem einseitigen Geiste befreit, den ihr die Selbstsucht der Besizenden eingehaucht, dann

### Feuilleton.

Wachsthum verboten.)

16

### Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Büchern von A. Otto Walker.

Wir Arbeiter sind gar zu oft betrogen worden; man hat uns zu allem Möglichen gemißbraucht, bei jeder politischen Bewegung haben sich die aus Angehörigen anderer Stände hervorgegangenen Parteien unserer Kräfte zu bedienen gewußt, die schönsten Versprechungen haben uns doch immer verlockt, so daß wir unser Blut auf der Barrikade zum Opfer brachten, aber wenn die durch unsere Pflanzlinge Partei sich mit der besiegten verständigte, sind wir es noch immer gewesen, die nach den schwersten Opfern mit leeren Händen ausgingen. Und wenn wir es dann gar wagten, auf unsere Rechte und auf die uns gegebenen Versprechungen zu pochen, dann mußten wir es erleben, daß unsere früheren Verbündeten gemeinsam mit unseren früheren Gegnern über uns herfielen.

Sie, Herr Baron, sind ein Angehöriger der bevorrechteten Klassen, das allein schon ist ein Grund zum Mißtrauen gegen Sie, denn die bevorrechteten Klassen, soweit überhaupt denkende Menschen unter ihnen sind, wissen doch ganz genau, daß ihr Reichthum nur möglich ist durch unsere Arbeit, daß ihr Wohlstand ausgeglichen werden muß durch vermehrte Arbeit von unserer Seite, daß endlich ihre Vorrechte bedingt sind durch unsere Rechtsverkümmern. Und da die Bevorrechteten das Alles gewohnheitsmäßig

ohne Gewissensbisse genießen, so wäre es ein Wunder, wenn wir nicht Mißtrauen hegen wollten gegen die einzelnen Angehörigen Ihrer Klasse, wenn sie sich auch mit freundlichen Worten als unsere Freunde erklären.“

„Das Alles ist zuzugeben“, rief Ivan: „die Arbeiter dürfen und sollen mißtrauisch sein; aber sie dürfen nicht vergessen, daß sie mit dem bloßen, dünnen, unsruchtbaren Argwohn ihre besten Freunde, die sie nicht entbehren können, wenn sie wirklich zu besseren Zuständen gelangen wollen, zu ihrem eignen Schaden zurückstoßen. Man muß nur immer im Auge behalten, daß der Einzelne nicht für seine ganze Klasse verantwortlich gemacht werden kann, daß er durch seine einzelne That nicht das ganze System der Benachtheiligung und Unterdrückung beseitigen kann, daß er sich vielmehr durch sein vereinzelt Opfern bloß die Möglichkeit benimmt, im Verein mit Anderen im Großen und Ganzen nützen zu können. Von diesem Standpunkte aus betrachtet, verliert das ganze Verhältniß zwischen den einzelnen Besitzlosen und Besizenden das Gehässige, welches sonst in der Thatsache gefunden werden mag, daß das Glück des Einen das Unglück des Anderen bedingt. Der Einzelne kann es nicht ändern, der Einzelne ist darum auch nicht verantwortlich.“

„Auch hierin muß ich Ihnen Recht geben; aber nur eine neue Art von Prophet, der mit wunderbarer Gewalt zu den Herzen spräche, würde die Masse der Reichen und Gewaltigen zu einem anderen System bewegen können.“

„Leider kann ich diese Hoffnung nicht theilen. Wäre es so, wie Sie denken, dann hätte der größte Prophet, den die Welt bis jetzt gekannt, Jesus Christus, eine andere soziale Weltordnung herbeigeführt, wie sie durch seine Lehre doch klar angezeigt und verlangt wird. Die Selbstsucht der



großer Teil der Gefängnisbeamten sich dem verrohenen Einfluss des Gefängnisses nicht zu entziehen vermögen.

Wir werden zu diesen Betrachtungen durch einen Brief veranlaßt, der uns aus der Nähe eines der größten Zuchthäuser Deutschlands zugeht. Es heißt darin:

„Ein Aufseher, der viele Jahre im Dienst war und über 30 Jahre Zuchthausmeister — erzählte mir — ich war mit seinem Sohne eng befreundet — kurz vor seinem Tode, welche Seelenleiden er im Amt ausgestanden habe. „Glauben Sie mir“ — sagte er in größter Aufregung — „glauben Sie mir, ich bin durch meine langjährige Dienstzeit und den Verkehr mit Verbrechern so schlecht geworden, daß ich mich vor mir selber schäme. Jeder Sträfling, der einen Fehler begeht, hat es lieber, wenn ihm vom Aufseher ein Fußtritt und ein paar Ohrfeigen gegeben, als wenn er von ihm angezeigt wird. Wie habe ich nicht die Menschen geschlagen und getreten! Das letzte Fünkchen von Menschlichkeit entschwindet da. An wie viel Gefangenen, die ganz unschuldig sind, reißt man sich da. Wie schwer hat meine Familie — Frau und Kinder — unter meiner Schlichtigkeit zu leiden gehabt. Jeder wird schlecht im Verkehr mit solch' rohem Volk.“

Zu der Behandlung politischer Verbrecher finde die politische Bildung einer Nation ihren zuverlässigsten Grabmesser, bemerkt die „Bosfische Zeitung“ in ihrem heutigen Leitartikel „Zur Vollstreckung der Freiheitsstrafen“, indem sie nochmals die Behandlung des freisinnigen Redakteurs Bodhardt in der Thüringer Strafanstalt Jetershausen beleuchtet. Wir haben kürzlich erst die „Bosfische“ daran erinnert, daß ihm nichts anderes passiert, als was hunderten Sozialdemokraten seit mehr als zwanzig Jahren passiert, und woran die ganze bürgerliche Presse kaum Anstoß genommen hat. Die Forderung der „Bosfischen“: Für anständige Leute ein anständiges Gefängnis? ist heute eine sehr bedenkliche, wo der „anständige“ Mann eigentlich erst mit dem Reserve-Lieutenant anfängt und mit demokratischer Gesinnung aufhört. Oder sollte man das anständige Gefängnis auch dem sozialdemokratischen Arbeiter zu Theil werden lassen, so daß er im Gefängnis nichts zu erheben hätte, und für die heute in maßgebenden Kreisen so gering geschätzte „Freiheit“ wenigstens durch die Mühe, an seiner eigenen Fortbildung zu arbeiten, einigermaßen entschädigt würde?

Eine anständige Behandlung politischer Verbrecher steht kaum zu erwarten in einer Zeit und in einer Nation, in welcher Dinge zu Verbrechen gestempelt werden, die anderwärts kaum verfolgt werden. Wie viele Leute werden in Deutschland bestraft, weil sie bei einem Hoch auf den Kaiser sitzen geblieben sind! Wie viele Tausende Strafverfahren wegen Beleidigung hat Bismarck allein gestellt? Wie subtil ist die Auslegung der Staatsanwälte und Richter in der Konstruktion von politischen Vergehen geworden? Wo jede freie kritische Person oder Einrichtung erst einer haarfahrenden Prüfung unterworfen werden muß, um nicht in die Maschen eines Strafgesetzes zu fallen, wo die Verfolgungssucht eine so umfassende geworden ist, wie im Deutschen Reich, da kann man auch nicht erwarten, daß die von der Verfolgung Betroffenen besonders anständig behandelt werden.

Uebrigens sieht auch die Behandlung der politischen Verbrecher im engen Zusammenhange mit dem, was wir weiter oben über das heutige Gefängniswesen gesagt haben. Auf dasselbe hat nicht nur die politische Reaktion, sondern auch die zelotischste Orthodoxie den größten Einfluß, und Besserung heißt bei ihr gerade die Herabwürdigung des Menschen.

Dem Reichstag ist die Uebersicht der Ausnahmestafel deutscher Eisenbahnverwaltungen zugegangen, welche dazu bestimmt sind, die Ausfuhr deutscher Kohlen und den Wettbewerb inländischer Kohlen mit ausländischen Kohlen zu begünstigen. Diese Begünstigung trifft weniger die inländischen Kohlen, als die Profitgier, welcher die deutschen Kohlenbarone auf Kosten des gesammten deutschen Volkes huldigen.

Mit dem Vorwurf der Fälschung war der „Reichsbote“ leicht bei der Hand betreffs des von uns veröffentlichten geheimen Zirkulars eines königl. Eisenbahn-Betriebs-

amts. Wir leuchteten darob kreuz im gestrigen Blatte dem „Reichsbote“ schön beim. Dabei schrieb das Blatt in derselben Nummer, in welcher es uns auf Spalte 1 der Fälschung beschuldigte, worauf uns nachträglich ein Leser aufmerksam macht, auf Spalte 4:

„Auch im Eisenbahn-Direktions-Bezirk Berlin ist vom 1. Januar ab in den Werkstätten die Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden herabgesetzt unter entsprechender Herabsetzung des Tagesverdienstes. Die Bahnmeister sind zur größtmöglichen Sparsamkeit aufgefordert worden. Nur die zur Sicherheit des Betriebes unumgänglich nötigen Arbeiten sollen vorgenommen und demgemäß die Zahl der Arbeiter bemessen werden. . . . ; gleichzeitig werden Berichte über mögliche Beschränkungen der Arbeiterzahl eingefordert.“

Augenscheinlich ist diese Mitteilung nur ein Auszug aus dem von uns gebrachten Zirkular, welches der „Reichsbote“ wörtlich abdruckte und für Fälschung erklärte, während er ein paar Spalten darauf die Wichtigkeit der in demselben enthaltenen Thatsachen bestätigte. Sogar ein christlich-konservatives Blatt sollte mit dem Vorwurf der Fälschung weniger leichtfertig umgehen.

Die nutzweckmäßige Lebensweise mancher Arbeiterkreise wurde vor einigen Tagen von der „Post“ einer Beschreibung unterzogen, die von einer Reihe anderer Blätter als „vollkommen zutreffend“ wiedergegeben wird. Der Kern von all diesem läuft darauf hinaus, daß die Frau des Arbeiters — hübsch die Wirthschaft zu führen, zu kochen, zu nähen, zu waschen u. s. w. versteht, ein Verständnis für die liebevolle Pflege des Mannes und die gute Erziehung von Kindern habe. Dieses Verständnis fehle meist und liege dieses in der geringen hauswirthschaftlichen Ausbildung der Arbeiterfrauen, welche keinen Gesindendienst gehabt haben, sondern lediglich in den Fabriken thätig gewesen sind. Selbstverständlich gehen die Mädchen und Frauen rein zum Vergnügen in die Fabriken, sie sind zu faul, um die schönen Dienstbotenstellen anzunehmen! Geseht den Fall, diese Stellen wären wirklich so hübsch und appetitlich, wie sie in der Bourgeoisiepresse geschildert werden, wie gering ist die Zahl Decker, welche sich ein Mädchen halten und noch mehr Derjenigen, bei welchen das Mädchen etwas lernen kann und nicht als bloßes Lastvieh maltreatirt wird. Wohl giebt es manches Mädchen, und wir kennen deren persönlich, die noch als Frau nach Jahren dankbar ihrer früheren Herrschaft gedenken und auf sie ihre Erfahrung und Kenntnisse in der Wirthschaftsführung zurückführen. Aber, wie viele Mädchen werden bei den Herrschaften geradezu verdohten und wehe dem Arbeiter, der eine solche heimführt. Die Launen und Tücken der gnädigen Frau und des gnädigen Fräuleins haben sie angenommen, von Sparsamkeit und Wirthschaftlichkeit in bescheidenen Verhältnissen haben sie keine Ahnung, sie treten mit den Lastern der Bourgeoisie in das Haus des Arbeiters.

Dem Arbeiter ist es sehr lieb, wenn er eine Frau hat, die ihm die Häuslichkeit angenehm machen kann; unter den heutigen Verhältnissen ist das aber sehr schwer, denn die Frau hat vielfach mit für den Unterhalt zu arbeiten. Und dennoch wie viele hunderttausende Arbeiterfamilien giebt es, in denen die Frau des Arbeiters, trotzdem sie den Tag über selbst außer dem Hause arbeitet, noch alles anbietet, um dem Manne und den Kindern eine angenehme Häuslichkeit zu bereiten! Zu Hunderttausenden giebt es solche Arbeiterfrauen, denen die „gnädigen Frauen“ nicht werth sind die Schuhriemen zu lösen, zu denen eure Bourgeois-Weiber demüthig hinausblicken und ihnen die Hand küssen müßten, statt von oben herab ihnen Moral zu predigen. Die Sozialdemokratie, sagt die „Post“, wolle gar nicht, daß die Arbeiter eine angenehme Häuslichkeit haben, sondern sehe lieber, daß sie sich in den Destillationen in Zukunftsstaatsplänen beäusseln. Die „Post“ hat selbstverständlich andere, höhere Ideale. Die Ausbeutung der Frauen und Mädchen als billige Arbeitskraft, ihre Verwendung in den gefährlichsten und gesundheitschädlichsten Betrieben, ihre lasernenmäßige Empörung in Massenquartieren, wo Mann, Weib und Kinder päle melo zusammenlagern, wie in manchen Zuckerfabriken u. s. w. — das sind die Ideale der Bourgeoisie, die freilich von den bösen Sozialdemokraten ebenso wie eure ganze „Moral“ bekämpft werden, die den Verdruß, daß die und jene Bourgeoisfrau, welche allmonatlich ihr Dienstmädchen wechselt, nicht genug Mädchen zur Auswahl hat, mit dem heuchlerischen „Wohlwollen“ für den Arbeiter zu verdecken sucht.

erst wird der erhabene Geist der Humanität die bestehende Ordnung zu einer die Wohlfahrt aller Staatsbürger gleichmäßig wahrnehmenden umzuwandeln die Kraft haben.“

Sie sprechen so überzeugungsvoll und wahr, daß es mir schwer wird, an Ihre Unaufrichtigkeit zu glauben. Was aber meine arme Schwester anbelangt . . .

„Lassen Sie das, Herr Barth, eine Angelegenheit sein, die zwischen mir und Elisen in Ordnung gebracht werden muß. Ich werde ihr Alles sagen, darauf können Sie sich verlassen, und ihr Herz wird entscheiden.“

#### Viertes Kapitel.

#### Schlimme Botschaft.

„Herr Barth, Ihre Schwester erwartet Sie im Wohnzimmer!“

Mit diesen Worten unterbrach Frank, die Thür öffnend, das Gespräch der ehemaligen, jetzt zu einem besseren Verständnis gekommenen Freunde.

„Meine Schwester?“ rief der Buchdrucker, nicht wenig überrascht aufspringend. „Weiß sie, Herr Baron, von Ihrer Anwesenheit an diesem Orte?“

„Sie weiß es leider“, seufzte Zwan, „ich hatte sie, weil sie infolge Ihrer Hast so niedergeschlagen war, zu einem Spaziergange überredet. Wir sahen an demselben Plage, an welchem wir uns zum ersten Male gesehen, als plötzlich zwei Männer an uns herantreten, die mich um meinen Namen fragten und mir dann einen Dastbefehl vorzeigten, dem ich Folge leisten mußte. Durch Opferung meines letzten Thealers erwarb ich bei den Dienern des Gesetzes, daß sie mich so lange mit Elisen zusammenließen, bis ich ihr etwas Trost und Muth in die Seele gesprochen und ihr einen Wagen zur Rückfahrt besorgt hatte.“

„Nun, dann können Sie gefälligst mit heraus, viel leicht, daß sie mit Ihnen zu sprechen wünscht.“

Die Beiden durchschritten eiligst die Zimmerreihe und gelangten nach dem großen Vorjaale, der allgemein mit dem Namen „Speckzimmer“ bezeichnet wurde.

Als sie eintraten, bezog sich auf einer dunklen Eck — denn die Schatten des Abends begannen sich bereits über diese Räume zu breiten — eine schlanke Mädchengestalt.

Die matte Beleuchtung ließ nichts von der Schönheit dieser Erscheinung verloren gehen. Volle blonde Locken umrahmten ein zartes, feingehaktes Gesicht, in welchem die großen blauen Augen mit himmlischer Klarheit leuchteten, wenngleich die etwas gerötheten Hände und einige Thränentropfen sie zu trüben versuchten. Ein korallenblaues Tüchlein umschloß die tadellose Gestalt, welche eine leicht umgeworfene Mantille nur theilweise verhällte.

„Ich seh' Dir's an den Augen an: Gewiß, Du hast geweint!“

hätte man beim Anblick des Mädchens ausrufen mögen, das jetzt beim Nahen des Bruders hastig an ihr zutrat, die Arme um seinen Hals schlang und die krampfhaft bewegte Brust durch lautes, heftiges Weinen zu erleichtern versuchte. Zwan hielt sich in bescheidener Entfernung zurück und sah der Scene erschrocken und ängstlich zu.

Der junge Buchdrucker löste sich langsam und sanft aus dieser Umarmung und rief, ihre beiden Hände in den feinnigen festhaltend:

„Fasse Dich, Elise; Du bist ja sonst ein herzhaftes Mädchen; mach' uns das Herz nicht schwer; Du siehst, wir Beide leben noch.“

„Ach, mein armer, armer Bruder!“ rief aber das Mädchen mit erneutem Schluchzen. „Nein, wir sind wirklich zum Unglück geboren! Wer hätte so etwas nur jemals für möglich gehalten sollen!“

„Schwester, ich bitte Dich, mache uns das Herz nicht noch schwerer. Das Unglück ist zu tragen, laß es uns also mit Würde tragen.“

„Ach, mein armer Bruder, noch weißt Du ja das Schlimmste nicht!“

„Das Schlimmste nicht? O, ich kann mir's wohl denken; man wird mir die Druckerei abgepfändet, unser Eigenthum verpfändet haben, um mir auch für die Zukunft meine Existenz zu verlämmern. Ich kenne ja den Blut-sauger und weiß, daß das Gesetz in seinem eisernen Gange solchen Kreaturen alle Hilfe gegenüber den Armen, den Beschloßenen mit seinem unüberwindlichen Arme leiht. Darum sei ruhig, ich bin noch jung, ich kann arbeiten, und meine Arbeitskraft wird mir das Gerücht wohl nicht abspänden,

Die „Darmstädter Bank“, welche das deutsche Publikum mit portugiesischen Papieren beglückt hat, sucht dasselbe durch das „Wolffsche Telegraphen-Bureau“ zu beruhigen. Sie hatte auf den deutschen Markt Obligationen der portugiesischen Eisenbahngesellschaft, für welche die portugiesische Regierung die Zinsgarantie übernommen, geworfen. Jetzt kann aber die Gesellschaft ebenso wie die Regierung die Zinsen nicht bezahlen. Die Mitteilung der Darmstädter Bank will glauben machen, daß die Regierung die Garantiesumme nur deshalb noch nicht zahle, weil sie erst die Betriebsrechnungen der Gesellschaft zu prüfen habe, doch sei dieselbe so vollständig sicher, daß die „Darmstädter Bank“ sich selbst wohl hüten wird, die fälligen Zinscheine von ihr beglückten Obligationenbesitzer selbst einzulösen, wenn auch mit einem kleinen Diskonto für ihre Vorleistung.

Ein demokratisches Arbeitsprogramm wird von den Demokraten des Kantons Zürich vorbereitet. Dasselbe soll für alle „sozialpolitisch freisinnigen Elemente in der Schweiz“ gelten. Es sind dafür zunächst folgende Punkte aufgestellt:

1. Eidgenössische Verwaltungsform und Wahl des Bundesrates durch das Volk.
2. Organisation des eidgenössischen Referendums.
3. Gesetzgebungsinitiative.
4. Verstaatlichung des Eisenbahnwesens; Aufstellung eines Amortisationsplanes für die Eisenbahnschulden.
5. Staatliche Unfall-, Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung.
6. Bundesbank mit Notenmonopol.
7. Verbesserung der ländlichen Kreditverhältnisse in Verbindung mit den Kantonalbanken.
8. Zündholzmonopol.
9. Weitere Zentralisation auf dem Gebiete des Zivil- und Strafrechts.
10. Eidgen. Stimmrechtsgesetz mit obligatorischer Stimmabgabe.
11. Ausbau des Art. 27 im Sinne der Förderung des Volksschulwesens durch den Bund. Unentgeltlichkeit der Lehrmittel.
12. Schweizerisches Gewerbegesetz mit obligatorischen Lehrlingsprüfungen.
13. Ausbau des Fabrikgesetzes, Schutz der Arbeiterinnen, zehnstündiger Arbeitstag, weitere Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit.
14. Größere Bundessubventionen für Güterzusammenlegung und Bodenverbesserung.

Ferner: Staatliches Getreidemonopol, Ausföhrung des Grundgesetzes des Rechtes auf Arbeit, allgemeine Rechtsbelehrung des Volkes, Schutz des Vereindrechts, endliche Durchführung von Art. 69 der Militärorganisation, betreffend militärischen Vorunterricht.

Die allermeisten dieser Forderungen stehen auch auf dem Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Schweiz. Der „Grünländer“ bemerkt dazu: „Programme sind Versprechungen; ob dieselben eingelöst werden oder nicht, das hängt von verschiedenen Umständen ab. Sie können auch den Zweck haben, denjenigen der fortgeschrittenen Parteien Konkurrenz zu machen. Dennoch begrüßen wir das neue Programm der Demokraten des Kantons Zürich auf richtig. Dasselbe wird zweifellos energisch propagandirt werden und die Freisinnigen anderer Kantone aufrütteln. Die zielbewusste Arbeiterpartei wird zur Verwirklichung desselben Schulter an Schulter mit allen Gesinnungsgenossen, denen es mit dem Programme ernst ist, Anstrengungen machen, wenn sie auch dabei die Hauptsache, die Abschaffung des kapitalistischen Ausbeutungssystems, nicht aus dem Auge verlieren darf.“

Aus dem Obigen ersieht man, daß in der Schweiz die Demokratie doch etwas anderes ist, als unsere „freisinnigen“ und „volksparteilichen“ Demokraten, von denen uns so gut wie alles trennt.

Es kracht überall in der Welt der Bourgeoisie, auch in der Schweiz. „Es kracht!“ schreibt die Baseler „Nat.-Ztg.“, „vulkanartig machen sich Empörung und Entrüstung über den frechen Schwandel der letzten Jahre Luft; der Schrecken ist den Börsenleuten in die schlotterigen Glieder gefahren. . . . Im Züricher, im Baseler Großen Rathe und auch im Nationalrathe verlangt man, daß der Staat einschreite, daß er auf Mittel und Wege sinne, um dem Börsenwesen kräftig Einhalt zu thun.“ Und der Bund erklärt, die Verluste durch den Zusammenbruch der verschiedensten Banken vertheilten sich auf das ganze Land und darüber hinaus, sie seien enorm. Dieselben betreffen vorzugsweise Eisenbahn- und Bankaktien, und die Summen, welche an schweizerischen Papieren verloren gegangen sind, werden auf 150, von einzelnen Blättern sogar auf 200 Millionen beziffert. Dazu hat die Krisis noch nicht ihr Ende erreicht; die Kurszettel zeigen täglich schmerzliche Ueber-raschungen und neue Bankrotte wachsen aus dem Boden empor.

wenn es dieselbe auch zeitweilig zu meinem und meiner Mitmenschen Schaden brachlegt.“

„O Bruder, Du kennst die ganze Fülle unseres Elendes noch nicht,“ rief aber das Mädchen unter reichlichen Thränen. „Glaubst Du denn, ich würde jammern wie ein trostloses Kind, wenn uns das Eine oder Andere, wenn uns Alles von unserer wenigen Habe verloren ginge? Nein, Bruder, es giebt Nichts unter Allem, das wir verlieren könnten, dem ich Thränen nachzuweinen vermöchte, nichts als das Eine; unsere Ehre!“

Damit barg sie ihr Gesicht wieder an der Schulter des Bruders. Dieser aber drängte sie nunmehr heftig zurück, sein Gesicht überzog sich mit der dunklen Röthe des Jornes, seine Augen sprühten Blitze, und mit heiser klingender Stimme rief er:

„Wer, sage mir, will an unsere Ehre? Oho, so geht das nicht! Bin ich gleich im Arrest, so will ich doch den Schurken zu fassen wissen. So sprich doch, sprich, was hat man gegen uns ausgepflegt? Wir wären leichtsinnige Schuldenmacher, Betrüger, lächerliches Volk, nicht wahr? O ich kenne das Gerede der tugendhaften Leute, die den Bucherer für einen Ehrenmann halten, wenn er seine Schulden bezahlt, und den Arbeiter für einen Lumpen ansehen, wenn er um sein Weniges gekommen und vom Küspänder heimgejucht wird. Aber nur Geduld, nur Geduld. . . . Doch Du sprichst nicht, Elise, was sagt man über uns?“

„O nicht über uns, Wilhelm, nicht über uns. Du würdest mich im Jorne sehen, aber nicht in Thränen. O, armer Bruder, Deine Hedwig. . . .“

„Hedwig!“ schrie der junge Mann jetzt so laut, daß sich die Thür von dem Wohnzimmer des Wirthmeisters öffnete; denn solche laute Rufe waren für gewöhnlich unerhört an einem Orte, wo man nur zu flüstern wagte.

Zwan trat hinzu und legte beschwichtigend seine Hand auf die Schulter des Erregten. Aber erschrocken trat er zurück, als er jetzt in die verstörten Züge der Geliebten blickte.

„Um Gott, was ist geschehen, theuerstes Fräulein?“



Es kracht überall! Aus dem Krach gehen einige große Kapitalisten hervor, aber auf Kosten zahlreicher kleinerer Kapitalisten, die ruiniert oder vielmehr expropriert werden. Die Expropriation der Bourgeoisie im Interesse der genossenschaftlichen Arbeit wird wesentlich erleichtert.

Die Trauben sind sauer. Das als solches anerkannte Organ der russischen Regierung für West-Europa — der in Brüssel erscheinende „Nord“ — verberichtet in seinen Neujahrsartikeln die Friedlichkeit der Regierungen im Allgemeinen und der russischen im Besonderen. Dank der herrschenden Regierungsweisheit werde die Welt sich des Friedens erfreuen können. Nun — so weit die russische Regierungsweisheit in Frage kommt, so heißt sie Missetate, Hungersnot, Bankrott, schlechte und ungenügende Eisenbahnen, schlechte Heeres-Organisation, schlechte Waffen, schlechtes Pulver und Nihilismus. Das sind Rußland gegenüber unsere Friedensbürgschaften. Wenn die Regierung könnte, wie ihre „Regierungsweisheit“ es möchte, dann hätten wir längst Krieg.

Es giebt keine Hungersnot in meinem Reiche — sagte der russische Kaiser, als er in der vorigen Woche ein finnisches Regiment inspizierte und der Oberst desselben ihm die ursprünglich für die Kosten eines Festmahls bestimmten 2000 Rubel als Beistener zur Vinderung des Nothstands anbot. Nun ist zwar das Wort bekannt: „Der Kaiser befiehlt, der Dien muß!“ Der Hunger aber ist kein Dien, der auf bloßes Wort des russischen Despoten weicht, er verlangt konkretere Befriedigung, und wer weiß, wie bald er an den Pforten des Kaiserpalastes seine Forderungen ankündigt!

In Persien begegnen sich bereits sehr stark die einander feindlichen Interessen Englands und Rußlands. Einer englischen Gesellschaft hatte die persische Regierung das Tabakexport-Monopol verliehen. Dieses stieß auf harten, sich zu gewaltthätigen Aufregungen steigenden Widerstand der Bevölkerung, welcher von russischer Seite angeregt war. Wie jetzt telegraphisch gemeldet wird, hat die persische Regierung das Tabak-Gesellschaft gewährte Tabakexport-Monopol aufgehoben. Die Gesellschaft hat der Regierung ein Schriftstück überreicht, in welchem sie sich mit der gänzlichen Aufhebung des Monopols einverstanden erklärt.

### Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Vom wiedergewonnenen Bruderstamm. In Straßburg, wo die Polizei nach dem Zeugnis der Elsaß-Lothr. Volkszeitung von je alles menschenmögliche versucht, um die Sozialdemokratie zu vernichten, hat man jetzt dem Militär verboten, in dem Tabak-, Zigarren-, Papier- und Schreibmaterialien-Geschäft unserer Parteigenossen Vöthle zu verkehren, an dessen agitatorischer Thätigkeit alle Bemühungen der Polizei, an dessen Sache den Boden abzugraben, scheiterten. Das genannte Parteiblatt ist in der Lage nachzuweisen, daß auch hier die Polizei die Hand im Spiele hatte, und kann sogar den Wortlaut der polizeilichen Begründung mittheilen, durch welche man der Kommandantur die Nothwendigkeit des Vöthles planmäßig machte. Hier ist der Wortlaut: „Die Soldaten, welche diesen Laden besuchen, bleiben länger, als nöthig ist, in demselben, sie werden in ein Gespräch verwickelt, welches ihnen nicht erlaubt, den Laden so schnell wie möglich zu verlassen. Deshalb ist es notwendig, daß dieser Laden den Soldaten verboten wird.“ Es ist nun nach dem erwähnten Partei-Organ vollständig unwahr, daß in dem Vöthleschen Geschäft die Soldaten in Gespräche verwickelt worden wären.

Auch über die „Deutsche Bierhalle“ ist der Militärboykott verhängt, weil ein Fachverein daselbst sein Stiftungsfest (1) abgehalten hat, wobei nichts weniger als Politik getrieben worden war. Der Wirth ist kein Sozialdemokrat. Bleibt der Boykott bestehen, ist der Wirth ein ruiniertes Mann. Thatsache soll ferner sein, daß einige Bierbrauereien, wenn sie an einen Wirth eine Wirthschaft vermieten, in den Vertrag einen Paragraphen aufnehmen, nach welchem sich die Wirths verpflichten mußten, ihre Lokalitäten den Sozialdemokraten nicht zur Verfügung zu stellen. Da nun das Blatt noch zu melden weiß, daß aus Straßburger Regierungskreisen heraus in Berlin angefragt worden sei, ob man gegen die Sozialdemokratie in Elsaß-

Lothringen nicht scharfer vorgehen solle, und darauf der Bescheid gekommen wäre, man solle die Versammlungen unserer Partei ruhig dulden und nur gegen Befehlsverletzungen scharf einschreiten, so bleibt uns nur die Vermuthung übrig, die Berliner Antwort sei für die Straßburger Polizei nicht deutlich genug gewesen. Mag dem sein wie ihm wolle, jedenfalls leichten Vorkommnisse, wie sie der oben erwähnte Boykott und die sonstigen Aufregungen unserer Partei darstellen, der sozialdemokratischen Propaganda den denkbar größten Vorschub.

In Dortmund haben sich die Interessenten der „Westfälischen Freien Presse“ zu einer Kommanditgesellschaft vereinigt. Dieselbe firmirt Kommanditgesellschaft Siebel, Bloch u. Komp., Verlag der „Westfälischen Freien Presse“, hat ihren Sitz in Dortmund und wird durch die Herrn Siebel und Bloch rechtlich vertreten. Die Einlage beträgt pro Mitglied mindestens 15 M., 3 M. sind sofort zu zahlen, der Rest innerhalb 6 Monaten. Die Oberaufsicht über die geschäftliche Leitung der Gesellschaft liegt einer Prokurationskommission ob, in welcher die Herren Siebel und Bloch Sitz und Stimme haben.

Unter der Anschuldigung, falsch geschworen zu haben, wurde in Magdeburg der Parteigenosse F. Reichenroth verhaftet. Derselbe hat unter Eid abgethan, rothe Karten, welche zur Maifester vorigen Jahres vertheilt wurden, beim Drucker Wille bestellt zu haben. Der Lehrbursche des Druckers beschwor das Gegenteil. In Wirklichkeit hat aber, wie die „Volkstimme“ berichtet, der Parteigenosse Schuch die Karten bestellt und demgemäß auch bereits vor dem Untersuchungsrichter unter Eid ausgesagt.

In Darmstadt sind die einzelnen Orts-Krankenkassen (Nahrungsmittelgewerbe, Bauhandwerker, Fabrikarbeiter, Holzarbeiter, Metallarbeiter, Bekleidungsbranche und verschiedene Gewerbe) und die städtische Betriebs-Krankenkasse seit 1. Januar zu einer Central-Krankenkasse vereinigt, deren Generalversammlung aus 28 Arbeitgebern und 55 Arbeitnehmern besteht. Die Wahl derselben fand am 5. Jan. auf dem Stadthaus unter starkem Andrang statt und hatte den Sieg der von den Sozialdemokraten aufgestellten Liste zur Folge, welche 474 Stimmen errang, während auf die gegnerischen Kandidaten nur 312 Stimmen entfielen.

Die Vertreterwahl zur Allgemeinen Orts-Krankenkasse in Wachen ist von einer Anzahl Mitglieder angefochten worden, weil Unregelmäßigkeiten sehr erheblicher Art vorgekommen sein sollen.

Oesterreichs Arbeiterschaft hat seit dem letzten sozialdemokratischen Parteitag hinsichtlich der Organisation große Fortschritte gemacht. Allein in Wien sind 23 Fach- und 6 allgemeine Arbeitervereine, in der Provinz 10 Fach- und 22 allgemeine Arbeitervereine, zusammen 61 Organisationen gegründet worden. Die Zahl der Versammlungen, welche in Wien abgehalten wurden, ist eine große: allein Sonntags fanden 362 statt. Diese eifrige Thätigkeit der Wiener Arbeiter ist das Verdienst der österreichischen Sozialdemokratie, wie denn überall, wo unsere Partei auftritt, das öffentliche Leben aufblüht.

#### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Redakteur Bender in Offenbach ist wegen Beleidigung des Mainzer Gouverneurs v. Reibnitz nicht zu vier Wochen, sondern zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt worden. Die irrtümliche Nachricht entstammte dem Mainzer Partei-Organ.

Was der „neue Kurs“ der Staatsklasse kostet, ergibt sich aus einer Chronik, welche die Sozialdemokraten Uetersens in der „Norddeutschen Volkszeitung“ über ihre Ergebnisse während des Jahres 1890 zum Besten geben. Danach erhielten im März v. J. die fünf Vorstandsmitglieder des sozialdemokratischen Wahlvereins und ebenso die drei Vorstandsmitglieder des Wandmachervereins Strafmandate in Höhe von zusammen 710 M. wegen Uebertretung des preuß. Vereinsgesetzes. Dagegen wurde gerichtliche Entscheidung beantragt, und erkannte das Schöffengericht am 21. Mai auf kostenlose Freisprechung. Daraufhin legte der Anwalt Berufung beim Landgericht Altona ein, dasselbe verwarf jedoch dieselbe unterm 24. Juli, auch wurden den Angeklagten die baaren Auslagen erstattet. Im Juli wurden 29 Genossen in Straß von je 3 M. bezw. 15 M. genommen, weil dieselben an einem öffentlichen Anzug theilgenommen resp. denselben geordnet und geleitet haben sollen. Auch in dieser Sache wurde von sämtlichen Theilnehmern gerichtliche Entscheidung beantragt und erfolgte am 17. September wiederum kostenlose Freisprechung. Ein anderer Genosse wurde unterm 19. November wegen Beamtenbeleidigung zu 20 M. Geldstrafe event. zwei Tagen Haft vom Schöffengericht verurtheilt. Im November erhielten wiederum zwei Genossen ein Strafmandat von je 30 M. wegen groben Unzufs, auch hier war die gerichtliche Entscheidung von Erfolg, indem die betreffenden Parteigenossen vom Schöffengericht unterm 17. Dezember freigesprochen wurden. Zum Schluss erhielt nach ein Genosse ein Strafmandat von 12 M. im Monat Dezember auf Grund einer älteren Verordnung, auch hiergegen ist die höhere Entscheidung anrufen. Als weitere Maßregel sind noch anzuführen die Beschränkung der Maifester bis 12 Uhr Nachts. Ein vom Arbeiter-Bildungsverein zum 8. November angemeldetes Fest wurde durch Polizeigewalt verhindert. Weiter angemeldete Festlichkeiten desselben Vereins wurden ohne Weiteres verboten, weil der Verein ein politischer sei und erst der Vorstand angemeldet und Mitgliedslisten eingereicht werden müßten, dies wurde verweigert und bleiben weitere Maßnahmen abzuwarten. Beschwerde ist in allen Fällen geführt worden. Versammlungen wurden in diesem Jahre nur eine aufgeführt, in welcher Reichstags-Abgeordneter Meyger über die Getreidezölle sprach. Die Arbeiter Uetersens werden — sagt das erwähnte Parteiblatt — aber ihre Pflicht nach wie vor erfüllen, sie sehen durch denartige polizeiliche Maßnahmen nur, daß sie auf dem richtigen Wege sind; sie werden den betretenen Weg weiter wandeln und der Arbeiterpartei immer mehr neue Anhänger zuführen, trotz alledem und alledem!!

Rechtsträftig geworden ist durch reichsgerichtliche Verurteilung der Revision des Urtheil des Oberlandesgerichts, welches gegen den Parteigenossen Grimpe von der dortigen „Freien Presse“ wegen Beleidigung des Oberlehrers Hoffmann zu Döberitz, sowie wegen Beleidigung von fünf Richtern der Halle'schen Strafkammer auf 2 Monate Gefängniß erkannt hatte.

Dieselbe Remscheider Polizei, welche durch das Verbot der Sylvesterverfeier den Nothstand anerkannte, löste die an Stelle dieser Feier einberufene Volksversammlung auf, als ein Parteigenosse in seiner Rede über die heutigen sozialen Verhältnisse darauf zu sprechen kam, daß selbst die höchsten Würdenträger auf die materielle Verbesserung ihrer Lage bedacht seien, und daß der Laib Brot in Remscheid jetzt 90 Pf. koste (Kurs der Frauen: 95 Pfennig). Hier machte der überwachende Beamte Schluss; die Angabe von Gründen lehnte er ab, folglich bleibt die Auflösung der Versammlung unerklärlich.

Der Redakteur G. Spiker von der in Geseke mündlich erscheinenden „Norddeutschen Volksstimme“ war wegen schließlicher Beleidigung des Harburger Polizeipräsidenten vom Schöffengericht Geseke zu nur 20 M. Geldstrafe verurtheilt worden, da der betreffende Artikel ohne sein Wissen ins Blatt gekommen war. Die Staatsanwaltschaft legte gegen das Urtheil Berufung ein, weil ihr die Strafe zu gering schien. Das Landgericht verwarf jedoch den auf drei Monate Gefängniß lautenden Antrag der Staatsanwaltschaft und legte die Kosten der Berufung der Staatskasse zur Last.

### Buchdrucker-Bewegung.

Aus Leipzig wird uns geschrieben: Bereits in die zehnte Woche währt hier der Ausstand und trotzdem sind in den letzten Wochen höchstens 8-8 Ausständige (1400 Gehilfen und 600 Arbeiterinnen) abtrübnig geworden. Diese Festigkeit wirkt auf alle Arbeiter ein. Die Sympathie der Arbeitermassen ist den Streikenden zu wiederholten Malen öffentlich ausgesprochen und, was die Hauptsache, in klingender Münze bewiesen worden. Die Gelder fließen jetzt, trotz der allgemeinen Arbeitslosigkeit, immer reichlicher, da seitens der Regierung gegen den Unterhaltungsverein Schritte unternommen wurden, welche die Arbeiter anderer Branchen und die sonstigen Freunde der Arbeiterbewegung anspornen, was sie nur können, an Unterstützung aufzubringen. Im Prinzipallager glaubte man, durch den Streik gegen den Gehilfenverein Herr der Situation geworden zu sein; daher erklärten sich die falschen Despatches, welche von einer „Niederlage“ der Gehilfen berichteten. Die Größe der Enttäuschung unter den Inhabern der kleinen Offizinen, welche jetzt sozialagen nicht leben und sterben können, läßt sich denken. Man hatte ihnen ganz genau ausgerechnet, daß sie jetzt Arbeiter bekommen könnten, daß die Gehilfen und Mädchen in besten Häusen in die Druckereien laufen würden und die Prinzipale Auslese halten könnten; — dagegen müssen sie erleben, daß die Prophezeiungen der großen „Druckherren“ unerfüllt geblieben sind. Die Herren Ramin, Klinkhardt etc. werden nun wohl bald ihre Führerrolle aufgegeben haben, der Wismuth in Prinzipalstreifen ist fortwährend im Wachsen. Neuerdings hat die Firma J. J. Weber, wo die „Illustrirte Zeitung“ gedruckt wird, dem Neunstundentag anerkannt, nur will sie keine Vereinsmitglieder einstellen. Das ist das beste Zeichen dafür, daß man die Herstellung der Gehilfenorganisation plant. Aber das haben die Arbeiter bereits gemerkt und deshalb strengen sie ihre Kräfte doppelt an. Es ist dies auch notwendig, denn die Macht des Kapitals ist nicht zu unterschätzen. Indeß der vereinten Kraft der Arbeiter werden und müssen die Unternehmer sich beugen. Daß ihr Plan, die seit alten Zeiten an Unternehmhalt gewöhnten Buchdruckergehilfen auseinander zu jagen, ihre von den Prinzipalen unabhängige Organisation zu zerstören, sich verwickeln würde, ist selbst unter Berücksichtigung der behördlichen Eingriffe ausichtslos, denn nicht auf die Form, sondern auf den Geist der Organisation kommt es bei organisatorisch geschulten Arbeitern an.

Die „Post“ erklärt in einer Fehde mit der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, daß die 1400 M., welche vom Personal einer großen Berliner Buchdruckerei in einer Woche zu Gunsten der streikenden Buchdrucker gezahlt worden sind, aus der Druckerei der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ herrühren. Wir müssen den Beweis für diese Behauptung der „Post“ überlassen. Gleichviel ob sie recht hat oder nicht, eins steht fest: ein Geschäft zu denutzieren, weil das Personal desselben vermuthlichweise mit seinem Arbeitsverdienst macht was es will und was ihm die solidare Pflicht gebietet und kein Gesetz verwehrt, das erfordert eine Noblesse, über welche nur ein Blatt verfügen kann, das, wie die „Post“, für „Edelste der Nation“ schreibt.

Aus der Hahnachts-Sparkasse hat das Personal einer Mainzer Fabrik den streikenden Buchdruckern 80 Mark überwiesen. Bravo!

### Soziale Ueberblick.

Achtung, Schneider und Schneiderinnen! In der augenblicklich arbeitslosen Zeit hört man überall Klage führen über Lohnbrud und unzulässige Behandlung. Namentlich ist es Moabit, von wo aus dergleichen Zustände gemeldet werden. Trotzdem ist die Theilnahme der dortigen Arbeiter und Arbeiterinnen unserer Branche an den Organisations-Bestrebungen nur eine geringe. Schon seit Langem fand daselbst keine öffentliche Versammlung statt, welche sich mit diesen Verhältnissen befaßt hätte. Unterzeichnete Kommission hat nun am Sonntag, den 10. d. M., Nachmittags 5 1/2 Uhr, in das Lokal des Herrn Herzog, Stromstraße 28, eine öffentliche Versammlung einberufen, in welcher die Lohn- und Verhältnisse einer Altonaer Fabrik etc. Firma zur Beratung stehen. Wir erlauben uns zahlreichen Besuch. Ferner findet Sonntag, den 17. d. M., im Lokale des Herrn Knebel, Gesundbrunnen, Badstraße 58, Nachmittags 4 1/2 Uhr, wieder eine öffentliche Versammlung mit ähnlicher Tagesordnung statt.

Die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins.

Ihre Vertheidiger deutet auf etwas Ungeheures. Was ist mit Fräulein Hedwig geschehen?

Sie ist verhaftet,“ antwortete das Mädchen mit fast tonloser Stimme.

„Verhaftet?“ fragte Iwan mit allen Zeichen des Erstaunens, „verhaftet, und warum?“

„Wegen Diebstahls,“ hauchte das Mädchen und senkte, wie innerlich gebrochen, das schöne Haupt.

„Diebstahl?“ schrie der Buchdrucker noch wilder auf und faßte die Schwester krampfhaft am Arme. Bist Du wahnsinnig, Mädel, bist Du toll, so etwas zu sagen? Sie mahnte die Diebin, sie gestohlen! Sie, die Unschuld und Redlichkeit selbst?!

„Herr Barth, ich muß Sie bitten, sich hier ruhig zu verhalten und wenigstens nicht so zu schreien. Sie sind hier in keiner Kneipe!“ rief jetzt eine gebieterische Stimme mahnend dazwischen.

Es war der Wachtmeister des Arrestlokals, den der Lärm herbeigezogen hatte.

Die lange, hagere und steife Gestalt erinnete lebhaft an einen Korporal der weiland Potsdamer Wachtparade. Für ihn war die ganze Welt eine große Kaserne, in der man „Ordre zu pariren“ hat, wenn man nicht untergesteckt werden will.

Der Buchdrucker war aber keineswegs in der Gemüthsverfassung, um Ordre zu pariren. Sein Zorn mußte sich Luft machen, sich austoben, sein Schmerz, sein wildes Weh mußten sich ausschreien.

„Ruhig sein?“ rief er, „ich soll ruhig sein, wenn ich mißhandelt werde? Wissen Sie auch wohl, Herr Wachtmeister, was mir geschehen ist?“

„Es mag geschehen sein, was da will, so haben Sie doch hier Ruhe zu halten.“

„Und wenn ich Ihnen nun sage, Herr Wachtmeister, daß man soeben meine Braut unter einer schimpflichen Anklage verhaftet hat, was sagen Sie dann?“

„Es wird dies jedenfalls keine Wichtigkeit haben,“ bemerkte der Wachtmeister trocken und gleichgültig.

„Seine Wichtigkeit haben, wie? Sie unterstehen sich,

Herr, meine Braut auch noch zu beleidigen? Sie elender Scherze und Kerkermeister . . . Sie . . .“

„Ich lasse Sie sofort arretiren und nach dem Kriminal-Gefängniß abführen, wenn Sie nicht auf der Stelle ruhig sind,“ donnerte der gereizte Kommandant.

Das Mädchen und Iwan suchten den jungen Mann zu beruhigen, aber er riß sich mit Ungeßüm los, und mit sprühenden Augen und geballten Fäusten vor den Wachtmeister tretend, rief er mit gellender Stimme:

„Ja, lassen Sie mich arretiren, lassen Sie meinethwegen die ganze Welt arretiren, aber ich will schreien, wenn ich getreten werde, schreien, daß es Euch durch Marx und Wein geht. Was kümmern mich Eure Befehle und Verordnungen, wenn sie mich ruiniren, quälen, würgen? Ihr selbst seit Diebe, Räuber, Mörder, denn Ihr verfolgt das Glend, unterdrückt die Armen und mordet die Ehre. Den reichen Schurken laßt Ihr laufen, den Armen macht Ihr elender als zuvor. Nicht fünf Pfennige gebe ich für Eure Gerechtigkeit, die Ihr bemisset nach der Elle und Euch bezahlen laßt nach dem Stüd. Verdammt, dreimal verdammt das Geseh und seine Handlanger!“

„Gustel!“ rief jetzt der Wachtmeister der Magd zu. „Sie gehen sofort zum Herrn Inspektor hinüber und melden, daß hier ein Arrestant abzuholen ist. Das Uebrige wird sich dann schon morgen finden. Sie, meine Herren, werden mir als Zeugen dienen und mir zur Abholung des Arrestanten die etwa erforderliche Unterstützung leisten.“

Die letzteren Worte waren an die Bewohner des Wechsel-Arrestes, welche der ungewohnte Lärm aus dem Konversationszimmer herbeigezogen hatte, gerichtet. Auch die Frau und die Tochter des Wachtmeisters waren infolge lauten Wortwechsels herbeigekommen.

„Das werden wir mit Ihrer gütigen Erlaubniß bleiben lassen,“ erwiderte Iwan, auf die vom Wachtmeister ergangene Aufforderung hin hervortretend. „Wir sind nicht Ihre Diener und Helfershelfer und werden im Gegentheil . . .“

(Fortsetzung folgt.)



### Theater.

Freitag, den 8. Januar.  
**Opernhaus.** Cavalleria rusticana, Vorher: Prometheus.  
**Schauspielhaus.** Ruzij.  
**Festung-Theater.** Die Großstadtluft.  
**Deutsches Theater.** Der Obolus. Hierauf: Schwiegermama.  
**Berliner Theater.** Nach Madrid.  
**Residenz-Theater.** Madame Monogobin.  
**Wallner-Theater.** Gewagte Mittel.  
**Friedrich-Wilhelmsstadt-Theater.** Der Rifado.  
**Thomas-Theater.** Der Raub der Sabinerinnen.  
**Sellenianca-Theater.** Der Meineidbauer.  
**Ostend-Theater.** Hamlet, Prinz von Dänemark.  
**Adolph Ernst-Theater.** Der Lanzensel.  
**Alexanderplatz-Theater.** Schwarze Weiber.  
**Freypalast.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Brüder Richter's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Winter-Garten.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Bonhordia-Palast-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Raufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.

### Circus Renz.

Parlstraße.  
 Freitag, den 8. Januar 1892,  
 Abends 7 1/2 Uhr: **„Auf Helgoland“** oder **Edde und Floh.**  
 Große hydrologische Ausstattungs-Pantomime in 2 Abteilungen mit National-Tänzen (60 Damen), Aufzügen u. c. Einlage: **„Die Alauen.“** Ferner Dampfschiff- und Bootfahrten, Wasserfälle, Riesenfontänen mit allerlei Lichteffekten sowie neuen Arrangements vom Direktor E. Renz. — Außerdem: **Bal und Concert hippique**, ausgeführt von 8 Schimmelponies, dressirt und vorgeführt von Herrn Franz Renz. **4 Orientalen** auf arab. Vollblut-Schulppferden, geritten von 4 Herren. **The gold bird**, geritten v. d. Schulreiterin Fräulein Clotilde Hager. **Milo Thorenia** auf dem 80 Fuß hohen Drahtseil. **Eine Vornagungsfahrt** mit versch. Hindernissen von der **Elton-Troupe**. **4 Gebr. Briators**, Akrobaten. **Sisters Lawrono** am fliegend. Trapez. Auftreten der vorzüglichsten Reitkünstlerinnen und Reitanstler. **Komische Entrees** und **Intermezzo** von sämtlichen Akteuren u. c.  
 Täglich: **„Auf Helgoland.“**  
**Sonntag 2 Vorstellungen.** Nachmittags 4 Uhr (1 Kind frei). **Amor in der Küche.** Abends 7 1/2 Uhr: **Auf Helgoland.**  
**E. Renz, Direktor.**

### Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Platz, Ecke Parlftr.  
 Heute Abend 7 1/2 Uhr: **Große Extra-Vorstellung.** Auftreten der vorzüglichsten Reitkünstlerinnen und Reitanstler. Reiten und Vorführen der bestdressirten Schuls- und Freizeitspferde. **Komische Entrees** sämtlicher Akteure. — Außerdem: **Grosser Preis-Ringkampf zwischen Prinz Dedal und Mr. Henry.** **1000 Mk. Prämie dem Sieger.** Alle starken Männer Berlins werden aufgefordert, den Ringkampf beizuwohnen.  
**Nur noch einige Tage:** Gastspiel der weltberühmten **Colibri-Truppe**, der sieben kleinsten Menschen der Welt. Zum Schluss der Vorstellung zum **11. Male: „M. W.“**, oder Berliner Kinder im Sommer und im Winter. **Große Wasser- und Feuer-Pantomime** in zwei Abteilungen, zehn Bildern und Apothekse mit Ballet, Evolutionen und Gruppierungen mit neuen sensationellen Wasser-, Licht- und Feuer-Effekten.  
 Morgen: **Große Vorstellung.** Gastspiel der **Colibri-Truppe.** Zum **12. Male: „M. W.“**  
 Empfehle den geehrten Gesangsvereinen des Westens mein **Vereinszimmer** mit Piano. 1506 L.  
**C. Behrend,**  
 Plumenthal-Strasse 5.

# Achtung! Arbeitslose!

**Berlins!**  
 Freitag, den 8. Januar, Vormittags 10 Uhr:  
**Zwei gr. öffentliche Versammlungen**  
 in folgenden Lokalen:  
 1. **Bockbrauerei, Tempelhofer Berg:**  
 Referent Genosse **E. Vogtherr.**  
 2. **Brauerei Friedrichshain (früher Lips):**  
 Referent Genosse **Fr. Zuboil.**  
 Tagesordnung: **Die Arbeitslosigkeit und deren Folgen für die Arbeiter.**  
 Diskussion. Verschiedenes.  
**Der Einberufer.**

**Große öffentliche Versammlung der Stereotypeure**  
 und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend  
 Sonntag, den 10. Januar, Vormittags 10 1/2 Uhr, in **Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstrasse 77-79, oberer Saal.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Berichterstattung der Statutenberathungs-Kommission. 2. Gründung der Allgemeinen freien Vereinigung der Stereotypeure und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend. 3. Eventuelle Wahl des Vorstandes.  
 Erscheinen Aller ist nothwendig. **Die Kommission.**

**Gratweil'sche Bierhallen.**  
 Kommandantenstr. 77-79.  
 Heute sowie täglich:  
 Auftreten der **Hamburger Gaudebrüder**  
 Konzert- und Koupletsänger.  
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr. Entree: Wochentags 10 Pf., Sonntags 25 Pf.  
 Empfehle meinen berühmten **Mittags-Tisch à la Daual**. 8 Regelbahnen 6 Billards, 2 Säle. 1169 L.

**Berlag des „Vorwärts“**  
 Berliner Volksblatt  
 Berlin SW., Beuthstrasse No. 2.

Für Vereins- und Privatbibliotheken empfehlen wir zur Anschaffung die Schriften von:  
**Karl Marx u. Friedrich Engels:**

- Marx, Karl.** Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalraths der Internationalen Arbeiter-Association. Dritte deutsche Auflage, vermehrt durch die beiden Adressen des Generalraths über den deutsch-französischen Krieg und durch eine Einleitung von Friedrich Engels. 72 Seiten. Preis 30 Pf.
  - Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte.** 3. Auflage. Preis 1 M.
  - Lohnarbeit und Kapital.** Separatdruck aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vom Jahre 1849. Mit einer Einleitung von Friedrich Engels. 36 Seiten. Preis 20 Pf.
  - Vor den Kölner Geschworenen.** Prozeß gegen den Ausschuss der rheinischen Demokraten wegen Aufrufs zum bewaffneten Widerstand (9. Februar 1849). Aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“. Mit einem Vorwort von Friedrich Engels. 32 Seiten. Preis 15 Pf.
  - Entwürfe über den Kommunismus-Prozeß zu Köln.** Neuer Abdruck. Mit einer Einleitung von Friedrich Engels und Dokumenten. 88 Seiten. Preis 25 Pf.
  - u. Engels, Fr.** Das kommunistische Manifest. Fünfte autorisirte deutsche Ausgabe. Mit Vorreden von Karl Marx und Friedrich Engels. 32 Seiten. Preis 10 Pf.
  - Das Kapital.** Kritik der politischen Oekonomie. Erster Band. 4. durchgesehene Auflage. Herausgegeben von Friedrich Engels. XXXII u. 739 Seiten. Preis brosch. 9 M., in Halbfranz geb. 11 M.
  - Zweiter Band.** XXVIII u. 526 Seiten. Preis brosch. 8 M., in Halbfranz geb. 10 M.
  - Das Elend der Philosophie.** (Vergriffen. Neu- druck in Vorbereitung.)
  - Engels, Friedrich.** Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. Im Anschluß an Lewis H. Morgan's Forschungen. 4. Auflage. XXIV u. 188 Seiten. Preis brosch. 1 M., geb. 1,50 M.
  - Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft.** 2. Auflage. 315 Seiten. Preis brosch. 2 M., geb. 2,50 M.
  - Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft.** 4. vervollständigte Auflage. 69 Seiten. Preis 30 Pf.
  - In Sachen Brentano kontra Marx** wegen angeblicher Zitatsfälschung. Geschichtserzählung und Dokumente. 75 Seiten. Preis 1 M.
  - Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie.** Mit Anhang: Karl Marx über Feuerbach vom Jahre 1845. 72 Seiten. Preis 50 Pf.
  - Preussischer Schnaps im Deutschen Reichstag.** (Aus dem „Volksstaat“ von 1870.) 18 Seiten. Preis 10 Pf.
  - Zur Wohnungsfrage.** Zweite durchgesehene Auflage. (Aus dem „Volksstaat“ von 1872.) 72 Seiten. Preis 25 Pf.
- Wiederverkäufer erhalten Rabatt.**  
 An auswärtige Besteller versenden wir nur gegen vorherige Einsendung des Betrages, Porto extra.  
**Borräthig in der Expedition des „Vorwärts“**  
 Berliner Volksblatt,  
 Berlin SW., Beuthstrasse Nr. 3.

**Etablishement Buggenhagen**  
 am Moritzplatz.  
 Täglich:  
**Unterhaltungs-Musik.**  
 Direktion J. Bödmann.  
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.  
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.  
 Spezial-Auswahl von Bayenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.  
 641 **F. Müller.**

**Passage-Panopticum.**  
**Neu!**  
 Die **Sündflut**  
 mit Donner, Blitz, Regen und Windeschoulen etc.

**Castan's Panopticum**  
 Friedrichstr. 165a, Ecke Behrenstr.  
**Neu!**  
**Colossal-Gruppe**  
**Bauern-Aufstand!**  
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.  
 Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

**Viel neue Spezialitäten.**  
**La belle Irene,**  
 die lächerliche Amerikanerin in **Präuscher's anatomischem Museum**  
 nur noch kurze Zeit Kommandantenstr.  
 Täglich für erwachsene Herren.  
**Dienstag und Freitag für Damen.**

**Nieff's Fest-Säle,**  
 17. Weberstr. 17. 1798b  
 Besondere Umstände halber ist noch ein Sonnabend im Februar zu vergeben.

1832 L.  
**Sophabezüge!**  
 Beste in Nips, Damast, Granit, Plüsch u. bunt. Stoff, spottbillig.  
 Emil Lesèvre, Oranienstr. 158.  
**Proben franko!**

Schmerzloses Zahnzichen 1 M.  
 Plombiren von 1,50 M. an. Künstliche Zähne 2 M. Sprechst. 8-6 Uhr.  
 Zahnarzt Robert Wolf, 178 L.  
 Chausseest. 123 a. Oranienburger Thor.

**Künstliche Zähne**  
 2b Reinickendorferstr. 2b. 1779 L.  
**Kinderwagen.** Größtes Lager Berlins  
 Andreasstr. 235. v.

**Damen-Mästen-Garderobe**  
 von M. Roussel,  
 Schallerstr. 43. v.

**Neu! Neu!**  
**Eine Seele frei von Tadel**  
 für **Äther 60 Pf.**  
 Größte Auswahl in allen **Musik-Instrumenten**, wie Zither, Violinen, Gitarren, alle Blasinstrumente, Harmonikas, Musikwerke zum Treiben und selbstspielend vom kleinsten bis zum größten. 1889 L.  
**August Kessler, 51. Lausitzerstr. 51.** Preislisten gratis und franko.

**Tacho. d. Musikinstrumenten-Arbeiter.**  
 Sonnabend, den 9. Januar, Abends 8 1/2 Uhr:  
**Wahl-Versammlung für den Norden**  
 in **Keller's Salon, Bergstr. 60.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wahl des Bibliothekars und zweier Beisitzer. 2. Vereinsangelegenheit Verschiedenes.

**Montag, den 11. Januar, Abends 8 1/2 Uhr,**  
 in **Deigmüller's Salon, Alte Jakobstraße Nr. 48a:**  
**General-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Abrechnung vom IV. Quartal 1891. 2. Bericht des Vorstandes und der Kommissionen. 3. Ergänzungswahl der Kommissionen. 4. Stellungnahme zu den Streiks. 5. Vereinsangelegenheit, Verschiedenes.  
**Der Vorstand.**  
 NB. Die mit Beiträgen im Rückstand befindlichen Kollegen werden ersucht, in diesen Versammlungen dieselben zu begleichen. 433/4

**Maurer! Achtung! Maurer!**  
 Am Sonntag, den 10. Januar:  
**Große öffentl. Maurer-Versammlung**  
 im Lokale des Herrn Hensel, Invalidenstrasse 1a.  
 Tagesordnung:  
 1. Wie stellen sich die Maurer Berlins zu dem im März stattfindenden Gewerkschafts-Kongress? 2. Diskussion. 3. Wahl eines Vertrauensmannes für Noabit. 4. Wahl eines Revisors zum Generalfonds. 5. Gewerkschaftliches. — **Maurer Berlins! Es ist Pflicht eines jeden Maurers, in dieser Versammlung zu erscheinen.** 427/4  
**Der Vertrauensmann.**

**Central-Franken- und Sterbekasse aller Arbeiter Deutschlands.**  
**Mitglieder-Versammlung**  
 der 5. Wahlabtheilung  
 (sämtliche Verwaltungsstellen Berlins und Lichtenberg)  
 am Sonntag, den 10. Januar, Vorm. 10 Uhr,  
 im Lokale des Herrn Feuerstein, Alte Jakobstr. 75.  
 Tages-Ordnung:  
 Die Liquidation der Kasse und Regelung der Verhältnisse. — Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
 112/4 **Die Ortsverwaltungen.**  
**J. A.: H. Grosse Kreul, Reichenbergerstraße 182.**

**Central-Krankenkasse der Buchbinder etc.**  
 (Verwaltungsstelle Berlin).  
**Haupt-Versammlung**  
 am Sonntag, den 10. Januar, Vormittags 11 Uhr, in **Norbert's Festsälen, Beuthstraße 22, L.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Neuwahl des gesammten Vorstandes. 2. Verschiedenes.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Freie Vereinigung der Kaufleute.**  
 Sonnabend, den 9. Januar 1892,  
 im Lokale der Berliner Bockbrauerei, Tempelhofer Berg:  
**Gr. Commers**  
 zu Gunsten der streikenden Buchdrucker.  
**Gesangs- und Deklamations-Vorträge** humoristischer und ernster Genres, nachher Tanz.  
 Billets inkl. Tanz 25 Pf. an der Abendkasse und in den durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften. 177/4  
**Der Einberufer.**

**Leseklub „Carl Marx“.**  
**Versammlung für Männer u. Frauen**  
 am Sonntag, den 3. Januar, Abends 6 Uhr,  
 im großen Saale der **Berliner Bockbrauerei** am Tempelh. Berg.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen F. Biegerist über: „Die Arbeiter im Kampf mit dem Kapital.“ Nachdem: **Geselliges Präsenzensein und Tanz.**  
**Der Einberufer.**  
 408/7



Der Jahresbericht,

den Samuel Gompers über die amerikanische Gewerkschaftsbewegung auf dem Birminghamer Jahreskongress der American Federation of Labor vorlegte...

Die „Vollstg.“ weist Herrn Gompers „Schönfärberei“ rüchlich der Zustände in der Federation vor; es sei nicht gut, sich selbst zu täuschen; die für den Achtstundentag kämpfenden Bergleute seien von ihm schände im Stich gelassen worden...

Ueber den Verlauf des Jahreskongresses (Konvention) läßt sich die „Vollstg.“ folgendermaßen aus:

Samuel Gompers hat schon mehrfach das Unglück gehabt, sich und seine Bestrebungen von Seiten der kapitalistischen Presse auf das Wärmste unterstützt und befürwortet zu sehen...

So wurde auch Gompers letzter Jahresbericht in seiner rosafarbenen Zustandslosigkeit von der gesammten kapitalistischen Presse auf das Wärmste kommentiert. Man sah eben deutlich genug voraus: wenn der Verlauf der Konvention von Birmingham dem Jahresbericht ebenbürtig war, dann konnte das Unternehmertum für das kommende Jahr ruhig sein Haupt auf den Rücken legen...

Und so ist es gekommen. Die Konvention hat nicht nur nichts gethan für die Arbeiter, sondern ist in absoluter Bedeutungslosigkeit verlaufen, das selbst die kapitalistische Presse nicht recht gewußt hat...

Zum Zwecke übrigens, daß die „New-Yorker Volks-Zeitung“ in der deutschen Arbeiterpresse des Landes durchaus nicht allein in der Meinung der Arbeiter hier einige anderweitige Neuerungen sieht...

Die Konvention hat nicht nur nichts gethan für die Arbeiter, sondern ist in absoluter Bedeutungslosigkeit verlaufen, das selbst die kapitalistische Presse nicht recht gewußt hat...

Und schließlich das „Phil. Tagebl.“: Leider muß gesagt werden, daß die Konvention der American Federation of Labor einen sehr schlechten Verlauf genommen hat...

In einem anderen Artikel schreibt unser Partei-Organ: Die Wiederwahl von Gompers für den Präsidentenposten mit erdrückender Mehrheit wäre an sich hinreichend, den Verlauf der Konvention der American Federation of Labor zu charakterisieren...

Die Wiederwahl von Gompers für den Präsidentenposten mit erdrückender Mehrheit wäre an sich hinreichend, den Verlauf der Konvention der American Federation of Labor zu charakterisieren...

Die Wiederwahl von Gompers für den Präsidentenposten mit erdrückender Mehrheit wäre an sich hinreichend, den Verlauf der Konvention der American Federation of Labor zu charakterisieren...

Die Wiederwahl von Gompers für den Präsidentenposten mit erdrückender Mehrheit wäre an sich hinreichend, den Verlauf der Konvention der American Federation of Labor zu charakterisieren...

Die Wiederwahl von Gompers für den Präsidentenposten mit erdrückender Mehrheit wäre an sich hinreichend, den Verlauf der Konvention der American Federation of Labor zu charakterisieren...

ist und daß ein anderer vielleicht noch schlechter gewesen wäre — aber dann beklagen wir eben, daß er dieser Mann ist, d. h. so viel als daß die Gompers und Federation einander würdig sind, soweit die Interessen des Fortschritts in der Arbeiterbewegung in Frage stehen.

Von besonderem Interesse ist für uns natürlich die Frage der „politischen Aktion“. Da tritt nun die innere Haltlosigkeit des leitenden Elements in der A. F. of L. so recht deutlich zu Tage. In seinem Jahresbericht zeigte z. B. der Generalsekretär Christ Evans, daß es ihm auf eine schöne Gompers'sche Redensart, hinter der nichts steckt, durchaus nicht ankommt. Er bellamirt:

„Unser Kriegsruß sollte sein: Befehle zur Erleichterung der Lage der arbeitenden Klassen gegen die selbstsüchtige Oer Weniger. Laßt das von uns durch bittere Erfahrungen gewonnene Wissen uns als Führer dienen, damit wir so viel wie möglich die Fehler der Vergangenheit vermeiden.“

Ein recht akzeptabler „Kriegsruß“, eine recht lobenswerthe Absicht! Aber hat man im Verlauf der Konvention auch den leisesten Hauch von jenem „Kriegsruß“, von der Verwerfung der „bitteren Erfahrungen“, — mit den Politikern der alten Parteien — gespürt? Gewiß, man hat ein Wischen ge„talt“ und ein paar Resolutionsdünken angenommen, in denen von arbeiterfreundlicher Befehle die Rede ist. Aber was thut man mit einem „Kriegsruß“, wenn man gar nicht Willens ist, ein Heer zu sammeln, um gegen den Feind anzugehen?!

Wenn man ganz einfach sich dabei bescheidet, mit dem Feinde weiter zu schachern wie bisher, und weiter sich betragen zu lassen, wie bisher, trotz aller „bitteren Erfahrungen“? Ist das nicht das echte Messer ohne Stiel, an dem die Klinge fehlt?!

In derselben Angelegenheit schreibt uns ein Chicagoer Korrespondent unterm 20. Dezember:

Herr Gompers, Präsident der American Federation of Labor, hat diese Woche seine Getreuen nach Birmingham berufen. Die Mitgliederzahl dieser Organisation wird auf 1/4 Million angegeben; Powderly's Orden der Knights of Labor wäre damit weit überflügelt. Ueber das Resultat des Kongresses liegt zwar noch kein genauer Bericht vor, aber so viel verläutet doch, daß Herr Gompers sich mit Händen und Füßen gegen das „Eineintragen von Politik“ in seine Federation wie gewöhnlich sträubt, ebenso gegen die Gründung einer Arbeiterpartei überhaupt.

Nach seiner Meinung würde die letztere wieder zu Grunde gehen. Für die jetzigen amerikanischen Arbeiterführer handelt es sich abgesehen von ihren vorläufigen Anschauungen, lediglich um die gut dotierten Posten; bei der allgemeinen Rückständigkeit der Arbeiter in diesem Lande haben sie es leicht, ihr Gaukelspiel fortzusetzen, d. h. mit den beiden kapitalistischen Parteien zu buhlen. Die sozialistischen Elemente, welche in den zwei großen Gewerkschaften: Knights of Labor und Federation of Labor, nur in sehr geringer Zahl vorhanden sind, können hieran nichts ändern. Streiks und Boykotts sind die Patentmedikamente beider Organisationen, genau wie früher in England. Sofern die Mitgliederzahl der Federation nicht bloß auf dem Papier steht, dann müßte dieselbe eine Jahreserinnahme von ca. 18 Millionen Mark haben, weil jedes Mitglied monatlich 2 M. bezahlt. Dafür erhält es dann das Recht, jedes Jahr von den erwähnten beiden Patentmitteln Gebrauch zu machen, bekommt aber die ersten vier Wochen gewöhnlich keine Streikunterstützung und hat von dem schließlich erhaltenen noch einen Theil zurück zu zahlen — wo bleibt nun das viele Geld?!

Damit genug der Americana. Sie bestätigen das, was in den New-Yorker Korrespondenzen des „Vorwärts“ von jeher über die amerikanischen Arbeiterführer gesagt worden ist. Diese Leute stehen weit hinter den Anschauungen der Klassenbewußten deutschen Arbeiter und auch sonst haben die letzteren keinen Anlaß, die amerikanische Gewerkschaftsbewegung als solche zu betrachten, welche mit der deutschen Arbeiterbewegung einen ernsthaften Vergleich aushalten könnte.

Kommunales.

Folgender Antrag ist von den sozialdemokratischen Stadtverordneten gestern in der Stadtverordneten-Versammlung eingebracht worden:

Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen: in Gemäßheit des § 105 b Absatz 2 der Gewerbe-Ordnung den Entwurf eines Ortsstatuts vorzulegen, durch welches in Berlin von dem Zeitpunkt an, an welchem die Bestimmungen des § 105 b in Kraft treten:

- 1. die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen in Bank- und Engros-Geschäften ganz untersagt wird und
2. die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Fondelsgewerbe an Sonn- und Festtagen in Detail-Geschäften und sonstigen Verkaufsstellen auf drei Stunden eingeschränkt wird, mit der Maßgabe, daß die Beschäftigung Vormittags um 10 Uhr beendet sein muß.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, 7. Januar, Nachmittags 5 Uhr.

Zunächst erfolgt die Einführung der in den drei Abteilungen bei den Ergänzung- bzw. Ergänzwahlen wieder- bzw. neugewählten Stadtverordneten, soweit die fälligen Wahlen nicht angefochten worden sind. Einspruch ist erhoben gegen die Wahlen der Stadt. Vorkmann (8. Wahlbez. III. Abtheilung) und Hauser (32. Wahlbez. III. Abtheilung); im Uebrigen sind in der III. Abtheilung wieder- gewählt 7 Stadtverordnete, darunter Singer und Vertreter der Stadttagen, neugewählt 6, darunter die Vertreter der Arbeiterpartei prakt. Arzt Dr. Jadel (10. Wahlbezirk), Restaurateur Frick Höhne (25. Wahlbezirk), Kaufmann Sabor (26. Wahlbezirk), Schankwirth Hente (für den ausgeschiedenen bisherigen Vertreter des 27. Wahlbezirks) Schankwirth Heindorf, welcher bis 1890 gewählt war) und Gutmacher Vorkmann (31. Bez.).

Von der II. Abtheilung sind wiedergewählt 13, neugewählt 1 (Kaufmann Händrich); von der I. Abtheilung wiedergewählt 10, neugewählt 4 (darunter der Rentier Franz Burckhardt, Vorsitzender des Grundbesitzervereins der Schönhauser Vorstadt).

Die Benannten werden in der vorgeschriebenen Weise vom Oberbürgermeister v. Forckenbeck auf die Städteordnung verpflichtet und sodann vom Stadtverordneten-Vorsitzer Strypf begrüßt.

Ersterer giebt die Geschäftsübersicht über die Thätigkeit der Stadtverordneten im Jahre 1891 und legt dann sein Amt in die Hände der Versammlung zurück.

Auf Grund der Vorchrift der Städteordnung erfolgt nun-

mehr die Wahl des Vorstehers und des Stellvertreters für das Jahr 1892.

Vor dem Beginn des Namensaufrufs spricht die Versammlung dem ausscheidenden Vorsteher und seinem Stellvertreter den Dank für ihre Geschäftsleitung in dem abgelaufenen Jahre auf Anregung des Stadtv. Neiß durch Erheben von den Sitzen aus.

Es wurden bei der Wahl des Vorstehers 102 Stimmzettel abgegeben. Davon lauten 77 auf Dr. Strypf, 18 auf Singer, 7 Zettel tragen verschiedene Namen, 5 sind unbeschrieben.

Dr. Strypf ist also wiedergewählt und erklärt, die Wahl dankend anzunehmen.

Zum Stellvertreter wird Dr. Sangerhans mit 80 von 99 gültigen Stimmen gewählt. 14 Stimmen entfallen auf Singer, 5 zersplittern, 6 Zettel sind unbeschrieben.

Zu Beisitzern wählt die Versammlung durch Zuzug der Stadtverordneten Seibert, Viebmann, Geride; zu Stellvertretern die Stadtverordneten Wulle, Wieleh, Friederich.

Auch für das Jahr 1892 sollen die ordentlichen Sitzungen der Versammlung am Donnerstag, Nachmittags von 5 Uhr ab stattfinden.

Die Beschlusfassung über die Wahl der Ausschüsse 1. für die Wahl der unbesoldeten Gemeindebeamten, 2. zur Begutachtung der Vorlagen wegen Anstellung bezw. Pensionierung besoldeter Gemeindebeamten, 3. für Petitionen, 4. für Rechnungssachen, 5. für die Wahlen von Rathsmannern und Rathszimmermeistern, 6. zur Vorprüfung der Gültigkeit der Stadtverordnetenwahlen wird auf Antrag des Stadtv. Vorkmann einem besonderen Ausschusse von 15 Mitgliedern überwiesen, bezgl. die Beschlusfassung über die Abordnung der Mitglieder in die Verwaltungs-Deputationen und Kuratorien, sowie in Bezug auf die Zuteilung der Stadtbezirke an die Mitglieder bezugs Ausführung von Recherchen.

Diesem Ausschusse, welche im Jahre 1891 mit ihren Beratungen nicht zu Ende gelangt sind (u. a. derjenige für den Antrag Stadthagen betr. das Fortbildungs-Schulwesen), sollen fortbestehen und lediglich ihre Ergänzung durch Neuwahl in den betr. Abtheilungen bewirkt werden.

Für eine Reihe von Spezialrechnungen aus dem Wirtschaftsjahre 1888/89 und 1889/90 wird die Entlassung ertheilt, die bei der Marktballen-Verwaltung pro 1890/91 vorgekommenen Ueberschreitungen von 550 559 M. werden vorläufig genehmigt.

Für die Anlage der elektrischen Beleuchtung in der Irrenanstalt zu Nichtenberg werden 238 000 M. beantragt, bezgl. für die Anstalt für Epileptische, Wuhlgarten bei Wiesdorf 280 000 M. Beide Vorlagen gehen an einen Ausschuss.

In der Diskussion begründen die Stadtv. Hermes und Ramisau den Antrag auf Ausschusberatung auch mit dem Hinweis auf den neuerdings stattgehabten Unfall an der Hofstraßenbrücke, wo durch die zu nahe Verlegung der elektrischen Leitungsdrähte an die städtische Gasleitung ein theilweises Schmelzen des Gasrohrs und eine gefährliche Ausströmung von Gas verursacht worden ist.

Stadtbaurath Blankenstein erklärt, daß es für diese technischen Fragen an sachverständigem Beirath im Magistrat mangle.

Stadtv. Singer findet diese letztere Erklärung etwas befremdlich; beim Abschluß des Vertrages mit der Gesellschaft der städtischen Elektrizitätswerke habe der Stadtrath Marggraf außerordentlich sachverständig nach der Auffassung der damaligen Mehrheit gesprochen. Das erwähnte Vorkommniß beweise nur, wie unrichtig es sei, diesen Betrieb einer Privat-Allen-Gesellschaft anzuvertrauen. Wäre die elektrische Beleuchtung mit allen ihren Werken und Anlagen in städtische Regie genommen worden (Widerpruch), so hätte der Magistrat das Bewußtsein der Verantwortung gehabt und für Sachverständigen in seiner Mitte gesorgt. Begrifflich sei, wenn eine Privatgesellschaft, die vor allem Geld verdienen will, ihre Anlagen schnell fertig macht und abwartet, ob sie das Glück hat, daß nichts passiert.

Stadtv. Herbig entgegnet, daß die Ausführung, wenn sie vom Magistrat bewirkt wäre, gewiß viel mangelhafter ausgefallen sein würde. (Stadtv. Singer: Ein schönes Kompliment!)

Für die Veränderung einer Fläche von 50 qm städtischen Begeterrains vor dem Grundstück Urbanstr. 115/116 zur Anlage eines Vorgartens an den Maurermeister Kösel soll nach dem Magistratsvorschlag ein Preis von 1300 M. = 26 M. für den Quadratmeter gefordert werden.

Stadtv. Singer beantragt Vorberatung durch einen Ausschuss. Von sachverständiger Seite sei ihm der Preis als zu billig und dem Werthe des Grund und Bodens nicht entsprechend bezeichnet worden, es könnten dort bei einem Verkauf höhere Preise erzielt werden. Wenn sich das bei der Prüfung durch einen Ausschuss bestätige, werde sicherlich die Versammlung einmüthig einen höheren Preis bestimmen. Das Motiv der Magistratsvorlage, wonach 26 M. ein angemessener Preis sei, weil vor zwei Jahren derselbe Restakt für Vorgartenland in derselben Straße ihn gezahlt habe, sei doch absolut kein zwingendes.

Der Antrag wird angenommen und die Vorlage einem Ausschuss von 10 Mitgliedern überwiesen.

In der seit zwei Jahren schwebenden Angelegenheit der Wedarfnisanstalten liegt jetzt eine Vorlage des Magistrats vor, wonach für die Zeit bis zum 1. April 1901 dem Unternehmer Proh der Zuschlag ertheilt werden soll. Auf Grund der von der Versammlung genehmigten Bedingungen (u. a. Einrichtung zweier Freizeiten für das weibliche Geschlecht in jeder Anstalt) ist das öffentliche Ausschreiben erfolgt, worauf sich 4 Bewerber gemeldet haben. Das Angebot des Herrn Pech-Wien soll noch näher geprüft werden; auf das Verlangen, den Vertrag sofort auf 25 Jahre abzuschließen, konnte nicht eingegangen werden. Proh offerirt für die Ueberlassung des Betriebes 16 pCt. der Brutto-Einnahme. Von mehreren Seiten wird Ausschusberatung beantragt, so von den Stadtv. Sachs II und Mischelet, ebenso von Tuhauer.

Stadtv. Tuhauer: Durch die Vorlage ist konstatirt, daß die früher von der Versammlung und ihrem Ausschuss gegebene Befürchtungen, es würden sich auf die Bedingung der 2 Gratizellen Unternehmer nicht finden, unbegründet waren. Es hat sich ferner herausgestellt, daß, seitdem diese Gratizellen von der weiblichen Bevölkerung benutzt werden dürfen, auch dem Unternehmer keine Rindereinnahme erwachsen ist, denn in den beiden ersten Vierteljahre dieser neuen Einrichtung ergab sich für ihn eine Brutto-Einnahme von 78 400 M., also für das ganze Jahr, wenn die beiden anderen Quartale entsprechend ausfallen, 146 800 M. oder mehr als 8000 M. über die Einnahme von 138 177 M. in 1888/89. Zur Sache selbst bleibt zu bebauern, daß wir hier nur ein einfaches Ja oder Nein sagen können, daß die Versammlung seiner Zeit nicht unserem Antrag gefolgt ist, diese Anstalten durch die Stadt errichten und verwalten zu lassen. Ueber kurz oder lang wird man doch dazu übergehen müssen. Jetzt haben wir nur über die Auswahl unter den Bewerbern zu befinden. Herr Pech hat in Wien mit seinem Delverschlus-System glänzende Erfolge erzielt. Ich würde aber unter keinen Umständen berechtigt sein, die 25 Jahre zuzugestehen, auch wenn der Gewinn der Stadt aus diesem System sich höher bezziffert als der aus den andern Offerien. Dieser Umstand lastet überhaupt nicht entscheidend sein, also auch nicht das



Angebot von 16 Prozent durch Herrn Proh, während ein anderer nur 10 pSt. bietet. Die anderen Unternehmer sollen ja sämtliche 50 Anstalten aus Eisen neu erbauen, während Herr Proh diese sehr bedeutenden Kosten sparen kann. Er hat f. J. diese „Prohkränze“ hingestellt und wird jedenfalls nicht aufgegeben werden, sie durch eine neue zu ersetzen, denn das wird ja nur hinsichtlich der neu zu errichtenden gefordert. So kann er wohl auch ein höheres Angebot machen. (Unruhe, Aufse: Ausschuss?) Ich beantrage, die Sache an einen Ausschuss zu verweisen, um auch die anderen Angebote zu prüfen. (Jurist: Thun wir ja! Fortdauernde Unruhe.) Ich spreche zur Sache und fordere, das Sie mich anreden lassen, ehe ich die Minorität behöre; ich werde schließen, wenn es mir beliebt und nicht, wenn es Ihnen beliebt. Wenn der Vorsteher mich zur Sache verweist, ist das etwas anderes.

(Vorsteher Str y d: Ich bitte den Redner nicht zu unterbrechen; er ist bei der Sache.)

Der Ausschuss könnte der Frage näher treten, welche andere Motive Herrn Proh geleitet haben. Es wäre eine dankbare Aufgabe, zu untersuchen, welche Löhne Herr Proh den Frauen zahlt. In diesen Punkten könnte die Berliner Gemeindevorwaltung viel von der Pariser lernen. Dort ist bei städtischen Bauarbeiten eine Beschäftigung über 9 Stunden verboten (Unruhe); die Frauen in den Anstalten des Herrn Proh, zum Theil alt und schwach, sind 18 Stunden beschäftigt. Solches kann der Stadt nicht erwünscht sein. Deshalb bitte ich, im Ausschuss auch diese Frage zu prüfen.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern. Schluß gegen 8 Uhr.

## Lokales.

„Theuer wie in einer Apotheke“ ist ein Sprichwort, welches nicht ohne Berechtigung ist. Die Preise, welche für die in den vom Staatskongressierten Apotheken gekauften Medikamente gezahlt werden, werfen einen Profit ab, wie ihn kaum ein Gewerbetreibender heute noch erzielt. Folgender Fall, welchen uns ein Abonnent mittheilt, liefert dafür den Beweis: Das Mitglied einer Krankenkasse erkrankte plötzlich während der Nacht. Der nächst wohnende Arzt wurde geholt, derselbe war nicht Kassenarzt und verordnete Wein und Pulver. Ich ließ das Rezept in einer Apotheke in der Frankfurter Allee anfertigen, die Pulver erhielt ich, den Wein nicht. Der Gehilfe sagte mir, daß Wein zwar im Keller liege, er mir aber keinen geben dürfe. Die Pulver kosteten 75 Pf. Als ich einige Tage später mit dem Rezept zur Kasse kam, um das ausgelegte Geld in Empfang zu nehmen, wurde das Rezept gestempelt und mir bedeutet, ich möchte dasselbe in der Apotheke präsentiren und mir dort das Geld zurückfordern. Ich mußte also wieder nach der Apotheke treten und hier erhielt ich nur 65 Pf. zurück, weil ich Krankenlassen-Mitglied sei. Ich hätte, so wurde mir erklärt, die Pulver in einer Schachtel erhalten, für die Schachtel zahlte die Kasse nicht, als Kassenmitglied hätte ich nur Anspruch auf einen Papierbeutel. Da ich nun nicht von vornherein gefast hätte, daß ich einer Kasse angehöre, hätte ich die Schachtel zu Unrecht erhalten und die koste 10 Pfennig. Der Besitzer der Apotheke kam nun auch noch hinzu und meinte, er könne den durch mein Schweigen erlittenen Verlust nicht tragen. Als ich noch eine Erwiderung riskiren wollte, hieß es sofort: machen Sie, daß Sie herauskommen. Natürlich entfernte ich mich sofort, denn wie jeder Mensch, so ist auch ein Apothekenbesitzer schrecklich in seinem Born. Ich ließ also die 10 Pfennig für ein Papierschächtelchen fahren, das etwa 5 Zentimeter lang, 3 Zentimeter breit und 1 Zentimeter hoch war. Werden diese Schächtelchen Engros eingekauft, so wird sich das Stück vielleicht auf 1 Pfennig stellen, ich glaube aber, sie sind noch viel, viel billiger. Angenommen aber, das Stück kostete 1 Pfennig, so hätte der Apotheker an dem Schächtelchen etwa 9 Pfennig verdient! Das läßt sich doch noch hören! Unverständlich ist es aber immer noch, weshalb die Schächtelchen nur an die übrigen Kranken abgegeben werden, für sie thut's doch ein Papierbeutel ebenfalls, es kommt doch auf die Pulver und nicht auf die Verpackung an. Wenn der Apotheker an den Pulvern einen eben solchen Prozentsatz verdient, wie an der Schachtel, dann braucht er nur pro Tag eine Stunde lang Pulver verkaufen und er ist schon nach Jahr und Tag ein reicher Mann!

Mit dem „Anhalten“ der Buchdruckerbesitzer scheint es doch Matthat am besten zu sein. In einer Buchdruckerei in der Lindenstraße giebt's jetzt, wie uns ein dort allerdings unfreiwillig Arbeitender mittheilt, etwa folgenden Normal-Arbeits-tag: Seit Wochen schon giebt's Nacharbeit. Letzten Sonntag und letzten Montag wurde von früh bis 12 Uhr Nachts „gearbeitet“. — Das sind so gegen 18 Stunden! Viele der Leute haben wohl eine Stunde zu gehen, ehe sie endlich „zu Haus“ sind. Nach einer Ruhepause von höchstens 6, in vielen Fällen aber nur von 5 Stunden, wurde verlangt, daß von Dienstag früh bis Mittwoch Abend 11 Uhr mit möglichst wenig Unterbrechungen „durchgearbeitet“ werde. Diese Unterbrechungen beziehen sich auf Frühstück, Vesper u. s. w., kurz und gut auf Pausen, die der Mensch haben muß, um sich überhaupt anfrucht erhalten zu können. Die Maschine steht ja auch still, wenn kein Öl ausgegossen oder der Dampfkegel nicht geheizt wird. Nach einigen Stunden Ruhe beginnt dann in dieser Buchdruckerei der 18 stündige Arbeitstag von Neuem. Den „Arbeitern“ kann man unter solchen Verhältnissen doch kaum sprechen. Das sind doch Lohnklaven des ärgsten Kalibers. Das Geschlecht spielt keine Rolle, was immer nur die Hände rühren kann, ist willkommen. Schwächliche Mädchen, kaum dem Kindesalter entwachsen, werden angenommen, wenn sie nur für jetzt in Stunde sind, ihr Arbeitspensum zu liefern. Ob sie kurze Zeit später infolge der Ueberarbeit zu Grunde gehen, ist Nebensache. Für eine lange Zeitdauer sind solche Juhände nicht aufrecht zu erhalten; entweder die Arbeiter sind körperlich ruiniert, oder der Unternehmer pekuniär. Wir sagen gleich hinzu, moralisch ist es schon! Denn es sind keine Leistungen mehr, die der Arbeiter freiwillig leistet, nein, es wird in Druck auf ihn ausgeübt, um die Leistungen, welche die Arbeitskraft eines Menschen bei weitem übertragen, zu erzielen. Mit bedeutend weniger, aber größerer Leiden hätte die Arbeiter bei der Hälfte der Arbeitszeit bessere Arbeit liefern können, als heute bei ihrem 18 stündigen Normal-Arbeits-tag mit Puscharbeit herauspringt. In dieser „Norm“ handelt es sich wirklich nur noch um wenige Wochen, halten die Gehilfen nur noch kurze Zeit zusammen, dann ist wieder ein Bourgeois durch die zielbewußten Arbeiter gezwungen worden, das zu bewilligen, was die Arbeiter zu fordern ein Recht haben.

Auch ein „humaner“ Hausbesitzer. Daß Humanität bei Reichen am seltensten zu finden ist, wird wieder einmal durch folgenden und mitgetheilten Fall erhärtet. Ein armer Handwerker bewohnt bereits seit 3 1/2 Jahren eine bescheidene Wohnung bei Theurer Mietho in einem Hause der Linienstraße. Das Grundstück gehört gegenwärtig einem Rentier, ehemaligen Rittergutsbesitzer, welcher den Stand des nothleidenden Landwirthes mit dem eines nothleidenden Berliner Hauswirthes verwechselt hat, dessen Nothstand ihn indessen nicht veranlaßt, sein Domicil in der unscheinbaren Linienstraße aufzuschlagen, der es vielmehr vorzieht, ein Quartier in einer der vornehmsten Straßen des Nordwesten zu bewohnen. Vorgeblicher armer Handwerker blieb nun am 1. September v. J. mit einem Betrage von 7,30 M. seiner Mietho im Rückstand. Hierauf strengte der Herr Rentier, dessen Finanzen einen derartigen Miethausfall offenbar nicht ertragen, ungesäumt die Gmiffionsklage gegen den Handwerker an und erzielte natürlich ein abweisendes Urtheil. Von diesem — wie human! — machte der Herr Rittergutsbesitzer keinen Gebrauch, überredete den Handwerker vielmehr zum ferneren Behalten der Wohnung, da sich

derselbe bereit erklärt hatte, zum 1. Januar die Wohnung zu räumen, und ließ sich derselbe verleiten, der Versicherung, daß die Gmiffionsklage nur in der Aufregung angestrengt worden sei und daß er nur ruhig wohnen bleiben solle, es werde ihm nichts passiren, Glauben zu schenken. Gewissermaßen als Entschädigung übertrug ihm der großmüthige Hausbesitzer die Anfertigung der Hausarbeit, das heißt Reparaturen u. s., und da der betreffende Handwerker gerade keine andere Beschäftigung hatte, so nahm er dies großmüthige Anerbieten dankend an, bezahlte seine Wohnungsmietho bis zum 1. Januar und leistete Hausarbeiten in Höhe von 140 M. 50 Pf., wofür er indessen keine Bezahlung erhielt, sobald er wegen dieser Forderung den Herrn Hausbesitzer verklagen mußte, in welcher Sache in den nächsten Tagen Termin ansteht. Das Zahlen scheint überhaupt die schwache Seite des Herrn ehemaligen Rittergutsbesitzers zu sein, denn unser Gewährsmann macht sich anheischig, eine Reihe anderer Handwerker namhaft zu machen, welche nur unter erheblicher Mäßigung ihrer Rechnungen Vergütung derselben erzielen konnten und sich nunmehr für fernere Arbeiten bedanken. Das absonderliche Verfahren des Herrn Hausbesitzers illustriert auch folgender Vorgang: Der besagte Herr wollte die Fassade seines Hauses streichen lassen und bestellte demzufolge unseren Handwerker, einen Dachdecker zu bestellen. Nachdem letzterer ein Hängegerüst angebracht hatte, fiel es dem Herrn Hausbesitzer plötzlich ein, daß die Jahreszeit zum Streichen der Fassade schon zu weit vorgeückt sei und verlangte eines Morgens, daß bis Abend desselben Tages das Hängegerüst wieder entfernt werden solle und reichte sowohl gegen den Dachdecker als auch gegen unseren Gewährsmann schleunige Klage wegen Sachbeschädigung (des Hauses) ein, mit welcher er aber im Termine am 23. November v. J. abgewiesen wurde. Diese Niederlage wie auch die Klage um Zahlung für gelieferte Arbeiten mögen wohl den Herrn Hausbesitzer bewegen haben, sich dem eingangs erwähnten Handwerker erkenntlich zu zeigen. Eine sehr effektvolle Handgabe hierzu bot ihm das sorgfältig aufbewahrte, im September erkrankte obliegende Gmiffions-Urtheil, auf Grund dessen er am 23. Dezember, also einen Tag vor dem Weihnachtsfestabend, den Handwerker mit seiner Familie, trotzdem dieser bis zum 1. Januar Mietho bezahlt hat, trotzdem er diesem noch eine erhebliche Summe schuldet, auf die Straße setzen ließ, und zwar unter Einbehaltung der halben Wirthschaft zur Deckung der Gerichtskosten! So handelt ein Berliner Hausbesitzer und ehemaliger Rittergutsbesitzer einem armen Arbeiter gegenüber.

Daß wir uns der Aera der elektrischen Eisenbahnen nähern, geht aus einem Vortrage des Eisenbahndirektors Vork hervor, welchen das Centralblatt der Bauverwaltung zum Abdruck bringt. Es heißt darin u. A.:

Es wird häufig angenommen, daß mit der doppelten Arbeitsleistung, welche die elektrische Kraftübertragung bedingt, so wesentliche Arbeitsverluste verbunden seien, daß dadurch die Kosten des elektrischen Betriebes sich wesentlich höher stellen würden, als bisher. Diese Annahme ist indes nach den in allerneuester Zeit bei Anwendung von Starkstrom gewonnenen Erfahrungen vollständig hinfällig. Es ist daher mit Sicherheit zu erwarten, daß in dem Maße, wie die einzelnen technischen Fachkreise die Vortheile der elektrischen Maschinen eingehender kennen lernen und die Benutzung starker Ströme mehr und mehr zur Anwendung gelangt, die elektrische Arbeitsübertragung wesentliche Fortschritte zu verzeichnen haben wird. Der Umstand, daß die elektrische Betriebsweise gerade für das Eisenbahnenwesen von ganz besonderem wirtschaftlichem Vortheile ist, wird dazu beitragen, daß das Jahrhundert nicht zu Ende geht, ohne daß auch auf den Hauptbahnen elektrisch betriebene Züge verkehren. Abgesehen von erheblichen Ersparnissen in den Unterhaltungskosten bietet der elektrische Betrieb von Personen- und Schnellzügen weitere sehr beträchtliche Vortheile. Zunächst wird die Unterhaltung des Oberbaues wesentlich billiger sein, weil einerseits die störenden Bewegungen der Lokomotive größtentheils in Fortfall kommen und andererseits die Achsbelastungen geringer werden. Die zur Zeit in Erwägung gezogene weitere Verstärkung des Oberbaues wird daher nicht erforderlich sein und man ist zu der Annahme berechtigt, daß schon durch die geringeren Unterhaltungen des jetzigen Oberbaues die Kosten für die Herstellung und Unterhaltung der Stromleitungen vollständig gedeckt werden. Ein zweiter ganz erheblicher Vortheil der elektrischen Betriebsweise liegt darin, daß dieselbe in einfacher Weise eine Erhöhung der Leistung in den Steigungen zuläßt, so daß die Züge auf diesen mit unverminderter Geschwindigkeit befördert werden können. Man kann die jetzt angewandte höchste Geschwindigkeit von 60 Km. in der Stunde unbedenklich auf mindestens 120 Km. erhöhen. Endlich sei noch erwähnt, daß der elektrische Betrieb Gelegenheit bietet, die gerade jetzt wieder in den Vordergrund getretene Bremsfrage in einfacher Weise zu lösen. Direktor Vork plaidirt hiernach dafür, daß die Eisenbahn-Verwaltungen Versuche mit dem elektrischen Betriebe in größerem Maßstabe anstellen. Für eine Versuchsstrecke von 10 Kilometer Länge dürften sich die Herstellungskosten auf 50 000 bis 60 000 M. stellen, ein Betrag, der im Hinblick auf die hohe Bedeutung des Versuchs für größere Eisenbahnverwaltungen nicht ins Gewicht fallen kann.

Bezüglich des Mordes der O-jährigen Amalie Kroll aus Weissensee macht nun ein Berichterstatter die Meldung, daß plötzlich der Verdacht entstanden ist, daß die Kroll'schen Eheleute bereits vor dieser That drei Kinder durch Vergiftung über die Seite gebracht haben dürften. Und zwar giebt der Berichterstatter darüber folgende Darstellung:

Vor etwa acht Tagen hat sich bei der Weissenseeer Amtsbehörde ein Zimmergehilfe A. gemeldet, der bezüglich des Mordes der kleinen Amalie Kroll wichtige Angaben machen wollte. Derselbe gab zu Protokoll, daß er zwei Tage vor der Entdeckung des Mordes auf dem Gehöft des Grundstückes Wilhelmstr. 5, also in dem Hause, wo die Kroll'schen Eheleute gewohnt, mit der Ausbesserung eines Jammes beschäftigt gewesen sei. Die kleine Amalie habe seiner Thätigkeit zugehört und er habe sich mit dem intelligenten Kinde in ein Gespräch eingelassen. Das Mädchen erzählte ihm u. A., daß sie und ihre Geschwister häufiger von den Eltern Schläge erhalten und daß sie von der Mutter gewaltsam vom Schulbesuch zurückgehalten werde. Weiter sei die Mutter mit ihr kurz vor Schluß der Schulzeit auf die Straße hinausgegangen und habe sie geschlagen und geschimpft. Auf eine diesbezügliche Frage des erkrankten A. sagte die Kleine weiter, daß die Mutter dies thue, um bei den Nachbarn den Anschein zu erwecken, sie, Amalie, habe heimlich die Schule geschwänzt! Im weiteren Verlaufe des Gesprächs erzählte das Kind, daß die Mutter ihnen, den Kindern, bisweilen des Mittags weißes Pulver in die Suppe geschüttelt habe, und als der Zimmermann weiter fragte, weshalb die Mutter dies gethan, antwortete Amalie: „Ne, ich denke, wir sollen wohl sterben!“

Anfangs legte man den Angaben des A. wenig Werth bei; gestern früh jedoch lief bei der Weissenseeer Amtsbehörde eine Aufforderung der Staatsanwaltschaft des Landgerichts II Berlin ein, nochmals eine gründliche Hausdurchsuchung der Kroll'schen Wohnung vorzunehmen, was auch in ausgedehnter Weise im Weissensee durchgeführt wurde. In der Wohnung wurde zunächst nichts Verdächtiges mehr gefunden, als man jedoch einen auf dem Hofe stehenden Firtuswagen, der dem Gymnasialer gehört, durchsuchte, fand man in einer Ede kaum sichtbar einen Papierbeutel, in dem sich etwa 20 Gramm eines weißen Pulvers befanden. Es wurde eine Probe dieses Pulvers nach der Flora-Apothekengesandt und hier glaubt der Inhaber der Apotheke, Herr Beutel, das Pulver als Arsenit zu erkennen. Jetzt wurde auch die auf dem Hofe befindliche Dungegrube ausgehoben und man fand in derselben eine Ledertasche, sowie ein Bündel Kleider, welche Gegenstände den Kroll'schen Eheleuten gehören. Diese Sachen,

sowie das Pulver wurden sofort der Staatsanwaltschaft übermittle, denn jetzt liegt nicht nur der Verdacht vor, daß eine vorläufige Leiche der Amalie Kroll gefunden, sondern daß auch drei früher gestorbene Kinder des Gymnasialerpaars — das letzte derselben starb im Oktober 1891 — vorzüglich von ihrem Eltern durch Gift getödtet worden sind. Es wird nunmehr eine Exhumirung der drei kleinen Leichen, die auf einem Friedhofe in Weissensee ruhen, vorgenommen werden, um die Todesursache festzustellen.

Die Wohnung der Kroll'schen Eheleute ist geschlossen und die noch lebenden fünf Kinder sind bei verschiedenen Weissensee Familien untergebracht worden.

Weitere wichtige Verdachtsmomente gegen die Kroll'schen Eheleute in Weissensee hat die gestrige Hausdurchsuchung in der Wohnung derselben zur Folge gehabt. Es sind jetzt so gut wie genügende Beweismittel vorhanden, um die Eltern der Amalie Kroll als die Mörder ihres eigenen Kindes zu überführen.

Es ist von vornherein aufgefallen, daß der Strick, an welchem die kleine Kroll an einem Baum erhängt gefunden wurde, ausländischer Fabrikat war. Die Drehung des Seiles ist nämlich entgegengesetzt der deutschen Fabrikationsweise von rechts nach links. Nun wurde aber gestern in der Dungegrube ein Stück Tau aufgefunden, das nicht nur dieselbe Stärke, sondern auch dieselbe Herstellungsweise zeigte, wie das bei dem Verbrechen benützte Seil. Man nimmt daher an, daß das in der Dungegrube gefundene Seilende der Rest jenes Strickes sein dürfte, womit die kleine aufgeknapft worden ist.

Ferner wurden in der Grube zwei den Kroll'schen Eheleuten gehörige Taschentücher, die mit Blut besetzt, aber sonst noch gut waren, entdeckt. Von ganz besonderer Wichtigkeit ist noch folgender Umstand: Die kleine Leiche wies bei ihrer Auffindung am Gesicht und an der Brust Blutflecken auf, während die Kleidung vollständig sauber war; dieser eigenthümliche Umstand hat durch die Auffindung eines der Amalie gehörigen Kleidchens in der Kroll'schen Wohnung seine Aufklärung gefunden. Dieses Kleid zeigte nämlich auf der Innenseite Blutflecke, welche sich mit dem an der Brust der Leiche befindlich gewesenen Blut decken. Es hat also nach Ermordung des Kindes ein Kleiderwechsel stattgefunden.

Ein wichtiges Belastungsmoment dafür, daß die Eltern den Mord begangen haben, ist vorgestern durch den Gendarm Krüger zu Tage gefördert worden. Herr K. wollte am genannten Tage in der Kroll'schen Wohnung und plauderte dort mit dem ältesten Knaben. Hierbei ließ der Beamte die Frage fallen, wie denn eigentlich die Trapeze der Gymnasialer so überraschend schnell beseitigt werden könnten. Bereitwillig erklärte der Junge den Beamten darüber auf, wie das gemacht werde, indem er eine Schlinge aus einem Bindfaden bildete und diese über einen Haken warf. Als nun der Gendarm näher trat, um die Schlinge zu beschreiben, versuchte der Knabe dieselbe herabzuziehen, und als ihn K. hieran verhinderte, wurde der Junge zurecht, begann zu weinen und sagte: „So mache ich die Schlingen, Vater macht sie anders.“ Diese Schlinge war aber genau so angefertigt, als diejenige, welche seiner Zeit um den Hals der aufgeknapften Amalie Kroll lag und es ist sicher, daß der Knabe zu Gunsten seines Vaters gelogen hat.

Das, wie wir bereits mitgetheilt, im Firtuswagen aufgefunden Pulver ist als eine Arsenmischung erkannt worden, doch soll dasselbe noch dem Gerichtschemiker Herrn Dr. Birschhof zur endgültigen Prüfung überwiesen werden. Nach Ausspruch des Arztes ist das aufgefunden Giftpulver noch kräftig genug um einen langsamen Tod einer Person herbeizuführen.

Büchlich verhaftet wurde am letzten Sonnabend Nacht mittig gegen 5 Uhr in seiner Wohnung, Charlottenstr. 73, der Rechtskonsulent Karl Günther und am nächstfolgenden Tage in das Untersuchungsgefängniß zu Moabit eingeliefert. Der Festnahme liegt eine Anzeige wegen Unterschlagung zu Grunde. Der Sachverhalt ist folgender: Im Monat August 1890 verheiratete sich der am Moritzplatz wohnhafte Droguist W. mit einer Dame aus Köln. Die Schwiegermutter desselben, welche eine baare Mitgift von 16 000 M. zugestanden hatte, zahlte indes nur 6000 M. Da nun W. sich bei seinen Einkäufen auf eine größere Summe eingerichtet hatte, veranlaßte er seine Schwiegermutter, sich von einer Bank 10 000 M. schenken zu lassen, von welcher Summe W. 7000 M. erhielt. Der Rest von 3000 M. wurde dem Verheirateten eingehändigt; er sollte bei einer hiesigen Bank hinterlegt werden, um W. daselbst einen Kredit zu eröffnen. Das ist nun nicht geschehen; das Geld wurde vielmehr, angeblich in Raten, durch den Kommiss Jünger aus dem W.'schen Geschäft von Günther abgehoben und es sollen auch Quittungen im Namen des Droguenhändlers ausgestellt worden sein. Inwieweit sich dies bestätigt, ist noch nicht endgültig zu beurtheilen, da die Zeugen zur Sache noch nicht vernommen worden sind. Der Festgenommene, ein schwaches kränkliches Männchen, befindet sich als Kranker im kleinen Männergefängniß.

Im Lehrplan der Arbeiter-Bildungsschule hat sich, wie uns der Vorstand derselben mittheilt, folgende Aenderung notwendig gemacht: Süd-Ost-Schule: Geschichte (neu), Donnerstag (statt Montag); Nord-Schule: Geschichte (mittlere), Sonntag 11—1 Uhr (statt Donnerstags). Diese Veränderungen treten mit Sonntag, den 10. Januar in Kraft.

Polizeibericht. Am 6. d. M. Vormittags fiel ein Mädchen vor dem Hause Alexandrinenstr. 71 infolge der Glätte zu Boden und brach den Unterschenkel. — In einer Bade-Anstalt erschof sich Vormittags ein unbekannter, etwa 45 Jahre alter Mann mittelst Revolvers, nachdem er sich vorher die Pulsadern an beiden Armen geöffnet hatte. — Nachmittags kürzte der Kleinergeselle Wieprecht auf dem Grundstück des Böhmischen Brauhauses, Sandberger Allee 11—13, vom Dache eines neu errichteten Remisegebäudes auf den Hof hinab und erlitt außer inneren Verletzungen einen doppelten Schädelbruch, infolge dessen er bei der Ueberführung nach dem Krankenhaus am Friedrichshain verstarb. — Vor dem Hause Tempelhofer Ufer 37 wurde zu derselben Zeit eine 68 Jahre alte Frau von einem Bierwagen überfahren und am Kopfe und an der Brust so bedeutend verletzt, daß sie nach Anlegung eines Nothverbandes nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden mußte. — Vor dem Hause Weinmeisterstraße 10 gerieth Abends ein Mädchen unter die Räder eines Geschäftswagens und erlitt einen Bruch des Unterschenkels, so daß seine Ueberführung nach dem Hedwig-Krankenhaus erforderlich wurde. — In der Nacht zum 7. d. M. sprang eine Frau aus dem Fenster eines im Erdgeschoß belegenen Fremdenzimmers in einem Gasthose, in der Mördernstraße, auf den Hof hinab und erlitt anscheinend schwere Verletzungen an den Füßen. Sie wurde nach der Charité gebracht. — Am 6. d. M. fanden drei kleine Brände statt.

## Gerichts-Beitung.

Vor dem Schöffengericht zu Moabit hatte sich gestern der Genosse E. Bergel aus Neu-Weissensee gegen zwei gegen ihn erhobene Anklagen zu verantworten. Er sollte erlitten die Gewerksamen Weber und Böhly öffentlich dadurch beleidigt haben, daß er in einer zu Weissensee am 4. Oktober 1891 feilgehabten Versammlung die Worte sagte: „Die meisten Beamten, welche hier bei uns (Weissensee) die Versammlungen überwachen, haben doch noch viel weniger Befehlskenntnisse, als jeder gewöhnliche Arbeiter unter uns“. Zweitens sollen folgende von Angeklagten in einer Versammlung am 18. Oktober in Weissensee gebrauchten Worte geeignet sein, den Vollzugsbeamten Stüdelbrod in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, ohne erweislich wahr zu sein: — — —, da ist z. B. hier ein Beamter, der Steuererheber St.



der sich eines Vergehens schuldig gemacht, auf dem 6-8 Wochen Gefängnis stehen." Zu letzterer Sache erklärt der Angeklagte, daß ihn der Herr Stadelbrock beim Ankleben von Verfallensanzeigen (Plakaten) getroffen und sich als Polizeibeamter geriert habe. Er habe, um Weiterungen zu vermeiden, ihm seinen Namen auf Verlangen genannt. Dann habe er in verschiedenen Versammlungen auf die ungeschickliche Zulegung des Polizeibeamten-Titels durch St. hingewiesen und, als keine Anklage gegen diesen erfolgte, jene angezogene Aeußerung mit Bezugnahme auf diese Thatsache und darauf, daß ein Anderer als ein Beamter schon längst angeklagt worden wäre, gethan. Bezüglich der ersten Anklage bemerkt Bergel, er hätte nicht die Weisheit der Beamten speziell gemeint, sondern davon gesprochen, daß manche Beamten, nicht aus Weisheit, sondern von allen existierenden, weniger Weisheitskenntnis etc. etc. Der Zeuge Weber (Gendarm) behauptet, der Angeklagte habe die Aeußerung bezüglich der Versammlungen überwachenden Beamten so gethan, wie sie ihm die Anklageschrift zur Last legt. Der Zeuge Stadelbrock erklärt mit Bestimmtheit, er habe sich dem Bergel gegenüber nur als Beamten schlechthin ausgedrückt, obgleich ihn der Vorstehende darauf verwies, daß er bei der politischen Vernehmung gesagt, er glaube nicht, daß er sich dem Angeklagten gegenüber als Polizeibeamter ausgedrückt habe. Weiter führt der Zeuge aus durch eine Verfügung des Amtsvorstehers in Weisheit sei allen dortigen Beamten die Direktive gegeben worden, das unnütze Bekleben etc. von Häusern, Gebäuden u. s. w. zu verhindern. Er sei darum dem Angeklagten gegenüber im Recht gewesen, als er diesen beim Bekleben von Häusern mit Plakaten findend, seinen Namen feststellte. Der Angeklagte blieb diesen Aussagen gegenüber bei der Meinung, daß St. sich als Polizeibeamter bezeichnet habe, und schlägt dem Gerichtshof einige Zeugen vor, ihn bittend, die Verhandlungen zu vertagen, worauf der Gerichtshof mit Ablehnung von zwei der vier vorgeschlagenen Zeugen einging.

Um die Berechtigung der bei den Schneidern ziemlich allgemein eingeführten Sitte, die sogenannten „Schmullappen“ für sich zu behalten, handelte es sich in einer Anklage wegen Unterschlagung, welche kürzlich vor der 91. Abtheilung des Schöffengerichts zur Verhandlung gelangte. Der Schneidermeister H. lieferte für eine hiesige Firma Mäntel und Jacken in der Weise, daß er den Stoff zugemessen erhielt. Im Februar erkrankte sein Zuschneider B., der schon längere Zeit bei ihm beschäftigt war. Als derselbe so weit genesen war, daß er wieder arbeiten konnte, bat er seinen Meister, ihm Stoff nach der Wohnung zu schicken. Er ging darauf ein. Er schickte seinem Zuschneider ein Stück Tuch, das er von der Firma Gebr. Singer mit der Aufgabe erhalten hatte, daraus 12 Jacken herzustellen. B. nahm beim Zuschneiden alle Vortheile wahr, er schickte seinem Meister die zugeschnittenen 12 Jacken, hatte aber noch so viel Stoff übrig behalten, daß daraus ein dreizehntes Stück angefertigt werden konnte. Dies Ueberbleibsel führte B. nicht an. Sein Meister erfuhr davon und zeigte ihn wegen Unterschlagung an. Der Angeklagte behauptete, daß er nicht nötig habe, den Rest abzuliefern, den er beim Zuschneiden durch längeres Nachdenken und unter Aufopferung seiner Zeit gewonnen habe. Der Meister war anderer Ansicht. Der Angeklagte habe lediglich seine Pflicht gethan, wenn er so geschickt wie möglich den ihm anvertrauten Stoff verarbeitet, die Ueberbleibsel gehörten ihm, dem Meister, der allein seiner Auftraggeberin für die abzuliefernde fertige Waare verantwortlich sei. Auf die Frage des Verteidigers, ob er denn die Ueberbleibsel der Firma Gebr. Singer zurückgebe, erwiderte der Zeuge H. verneinend, worauf der Verteidiger ihm vorhielt, daß er dann ja nur genau dasselbe thue, was er bei dem Angeklagten für strafbar halte. Als Sachverständiger wurde einer der Inhaber einer hiesigen Mäntelfabrik vernommen. Derselbe erklärte, daß es ein alter Brauch sei, dem Schneider die Ueberbleibsel zu lassen, welche bei dem Zuschneiden erspart wurden. In der Regel werde der Stoff schon so berechnet, daß größere Stücke nicht übrig bleiben könnten, ein geschickter Zuschneider könne aber den Stoff vortheilhafter ausnutzen, wie ein weniger geschickter. Wenn aber Stücke von circa 1 Meter übrig blieben, so könne man dieselben nicht mehr als „Abfälle“ bezeichnen und ein gewissenhafter Meister würde sie abliefern.

Der Staatsanwalt beantragte darauf die Freisprechung des Angeklagten, der jedenfalls geglaubt habe, dasselbe Anrecht an die fraglichen Ueberbleibsel zu haben, wie sein Meister. Der Gerichtshof folgte diesem Antrage.

Wegen Beleidigung der königl. Eisenbahn-Betriebs-Direktion in mehreren Fällen stand gestern der Ingenieur Christian Falkenburg vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Im Juni v. J. bestellte der Angeklagte bei der Eisenbahn-Direktion ein Rundreiseheft über eine Tour, die er genau vorschrieb. Er bat, die Fahrkarte bis zum folgenden Tage am Waisenschalter des Anhalter Bahnhofes für ihn bereit halten zu lassen, er wolle mit dem Zuge um 5 Uhr 30 Min. abreisen. Der Angeklagte wurde verhindert, zur angegebenen Zeit abzureisen und als er einige Stunden später am Schalter erschienen, erklärte der Beamte, daß das bestellte Rundreiseheft nicht bereit liege. Der Angeklagte mußte deshalb einen späteren Zug benutzen und will dadurch um sechs Mark geschädigt sein, daß er nicht, wie er berechnet hatte, auf der ganzen Strecke den Schnellzug benutzen konnte, sondern sich theilweise mit dem Personenzug begnügen mußte. Er erhob Anspruch auf Abrechnung von 6 M., wurde aber abgewiesen mit der Begründung, daß er durch nicht rechtzeitige Abholung des Rundreiseheftes die Unregelmäßigkeit selbst verschuldet habe. Nun richtete der Angeklagte eine Reihe beleidigender Briefe an die Betriebsdirektion. Er behauptete, daß er als ehemaliger Betriebsbeamter einer holländischen Eisenbahn die Vorschriften genau kenne. Das Rundreiseheft hätte ihm zur Verfügung liegen müssen, bis es ihm beliebt, es zu holen. Die gegenbärtige Erklärung der Betriebsdirektion sucht der Angeklagte in Schriftstücken an, die das Recht des Erlaubten weit überschritten. Er bediente sich Ausdrücke wie „erbärmliche Ausrede“ und behauptete u. A., daß man von den untergeordneten Beamten in Preußen die meisten Missethaten zu erwarten habe. Derartige Beleidigungen wiederholten sich in jedem Briefe. Der Angeklagte versocht auch vor Gericht hartnäckig seinen Standpunkt, daß ihm Unrecht geschehen sei. Der Staatsanwalt beantragte wegen der Hartnäckigkeit mit der die Beleidigungen fortgesetzt worden waren, eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Jverd, unterbreitete dem Gerichtshof ein von der Strafkammer zu Chemnitz in einer ähnlichen Sache gegen den Angeklagten gefälltes Erkenntnis, worin auf Freisprechung erkannt worden war, weil der Angeklagte nicht für Freisprechung erkannt worden wurde. Der Verteidiger beantragte deshalb, den Angeklagten auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Diesem Antrage entsprach der Gerichtshof und vertagte zu diesem Zwecke die Verhandlung.

Der „dicke Väter“ war zu der Zeit, als noch in den Räumen des alten Lagerhauses nicht gesprochen wurde, einer der hervorragenden Einbrecher Berlins, der ein ganzes Menschenleben in Zuchthäusern zugebracht hat, mehrere gelungene Fluchtversuche in Szene gesetzt hat und zum Lohn für seine Heldenthaten ein literarisches Pensum in den vor einiger Zeit erschienenen Memoiren des Matrosen „Albert“ erhalten hat. Es ist jedoch freie Phantasie, wenn der letztgenannte literarische Verbrecher seinen ehemaligen Genossen durch das Pensum belächelt. So weit es mit dem dicken Väter doch nicht gekommen, derselbe bereitet sich vielmehr vor, seinen Lebensabend im Zuchthaus zu verbringen. Er stand gestern als Bädergenosse Joh. Dobrow vor der IV. Strafkammer, um sich wegen einiger Einbrüche zu verantworten, die er in Gemeinschaft mit einem jüngeren „Arbeiter“ Hermann Sobel ausgeführt hat. Es handelt sich dabei aber

keineswegs um Großthaten; der Stern des ehemaligen Parforce-Einbrechers, dem lange Zeit die „Meisterhaftigkeit von Berlin“ zuerkannt war, ist fast im Erlöschen und der gealterte Mann wagt sich nur noch an Pappalien. Er wurde zu 6 Jahren Zuchthaus und 7 Jahren Ehrverlust, sein Genosse zu 1 Jahre Gefängnis verurtheilt.

Frau Justitia ist bekanntlich eine allmächtige, hochhehrsame Dame, welche auf Ehre und Reputation hält und welcher Jedermann mit Freuden den schuldigen Tribut der Hochachtung entgegenbringt. Die Unpünktlichkeit aber, welche diese Dame mitunter als ihre unbedingte Eigenthümlichkeit zeigt, geht denn doch über die Dutzend. Man wird es gewiß als eine satirische Unmöglichkeit anerkennen, daß in Strafsachen, und insbesondere vor den Strafkammern, die Termine immer zur richtigen Zeit abgehalten werden und die Bedauernswürthen, welche das Pech haben, als Zeugen vor Gericht geladen zu werden, haben sich nachgerade daran gewöhnt, häufig länger als ihnen lieb ist, auf ihre Vernehmung warten zu müssen. Eine gewisse Grenze wird aber auch auf diesem Gebiete gegeben sein müssen, und Frau Justitia wird nicht beanspruchen können, daß sie ganz nach ihrem Belieben über die kostbare Zeit derjenigen verfügt, welche sie in ihr Reich zwingt. Die Klagen über unpünktliche Abfertigung vor Gericht sind nicht neu, ein so eklatanter Fall aber, wie er am Mittwoch von einem hiesigen Schöffengericht zu berichten ist, verdient denn doch angezogen zu werden, um die Aufmerksamkeit der maßgebenden Behörde immer wieder auf einen Uebelstand zu lenken, unter welchem das Publikum unglücklich zu leiden hat. Wer am Mittwoch Abend in der sechsten Stunde den Korridor des Kriminal-Gerichtsgebäudes durchmaß, der traf vor dem Sitzungszimmer der 90. (jetzt 198.) Abtheilung auf eine Gruppe aufgeregter Menschen, welche wie die Hyänen im Käfig auf- und abliefen und ihre innere Wuth nur mühsam unterdrückten. Es ist unerhört, so etwas den Bürgern zuzumuthen! so philosophirte der Eine: „ich stehe schon seit 11 Uhr hier und schreie um Mitternacht erst dranzukommen!“ so seufzte der Andere. Dazwischen rang wieder eine Frau verzweifelt die Hände und erörterte die Frage, was wohl die Kinder machen würden, denen sie gesagt, sie sei zum Mittag wieder zu Hause und mehrere andere Frauen sanken ermatet auf die Bank und versicherten, daß sie es vor Hunger nicht mehr aushalten könnten. Und drinnen beim Scheine zweier Petroleumlampen quälten sich der Vorstehende und zwei sichtlich abgemattete Schöffen schon mehr als 6 Stunden mit einer herzlich unbedeutenden Privatklage ab, für deren Erledigung der Herr Assessor — eine Stunde angefangen hatte. Die Leute, welche draußen auf dem Korridor ihren begreiflichen Muthwill die Fingel schießen ließen, waren als Parteien bezw. Zeugen auf 11 1/2 resp. 12 Uhr Vormittags vorgeladen waren und die glücklich um 6 Uhr Abends (!) an die Reihe kamen, um nun vom Vorstehenden zu erfahren, daß ihre Sachen wegen vorgeschobener Stunde aufgehoben werden müßten. Diese nackte Thatsache bedarf keines weiteren Kommentars, man braucht sich nur den Zustand der seit sieben Stunden auf dem Korridor herumlungelnden Zeugen, der abgepannten Schöffen, der nahe an der Verzweiflung angelangten Rechtsanwältin und des seit 8 Uhr im Dienst stehenden, abgematteten Gerichtsboten zu vergegenwärtigen, um zu dem Schluss zu kommen, daß eine derartige völlig unzureichende Zeitdisposition ein Fehler ist, vor dessen Wiederkehr das Publikum dringend zu schützen ist. Zeit ist bekanntlich Geld und es erscheint doch kaum statthaft, daß die Justiz über die Zeit des Publikums in so ausgedehntem Maße verfügt, zumal doch auch noch viele, sehr materielle Interessen in Frage stehen. Mit Recht warf eine der Parteien die Preisfrage auf, wer ihm denn nun für seine Mehrausgaben entschädigt? Er muß jedenfalls seinem Rechtsanwalt für den zweiten Termin noch einmal das Honorar bezahlen, welches für den ersten, nicht durch seine Schuld verzeitelten Termin gezahlt ist und ein einfaches Nechenexempel ergibt, daß bei so langer Zeitdauer auch die Zeugengebühren wachsen, die schließlich doch eine der Parteien zu zahlen hat. Ob unter solchen Verhältnissen die Liebe und Hochachtung vor der Frau Justitia sich steigern kann, ist eine Frage, die wir nur andeuten. Jedenfalls hat das Publikum ein Anrecht darauf, daß auch vor Gericht mit seiner Zeit etwas häuslicherlich umgegangen wird, namentlich wenn — wie in dem konkreten Falle — es sich um eine Sache handelt, die schon zweimal verlagert war und deren Umfang dem vorstehenden Assessor genau bekannt sein mußte. Mindestens hätte doch die größere Verhandlung als letzte auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen, damit die daran untheilhaftigen Parteien vor der Tortur bewahrt blieben, ihre kostbare Zeit sechs Stunden lang unnütz verträdeln zu müssen. Vielleicht geben solche Vorkommnisse, die gerade bei dieser Schöffensabtheilung durchaus nicht so selten sein sollen, doch Veranlassung, eine Abhilfe dieses Uebelstandes in die Wege zu leiten.

## Soziale Ueberlicht.

An alle zur Zeit noch in Berlin und Umgegend beschäftigten Maurer!

Kollegen, Genossen! Die Vorgänge, welche sich auf dem Kampfplatze der Buchdrucker-Arbeiter in letzter Zeit abgespielt haben, besonders das Vorgehen des Nachfolgers des Herrn von Puttkamer, des Ministers v. Herrfurth, zwingen uns dazu, nochmals ein paar Worte auf diesem Wege an Euch zu richten. Die Invalidentasse der Buchdrucker ist, natürlich nur zur Sicherung der Invaliden, mit Beschlag belegt. Eine andere Anordnung befiehlt der Vorstand der Buchdrucker-Organisation darfs aus Vereinsmitteln an Streikende keine Unterstützung mehr verabfolgen. Ob diese letztere Anordnung nur erfolgt ist, weil das Auszahlen von Streikgebern gegen die Statuten verstößt, oder aber, ob dabei die „väterliche Fürsorge“ in der Richtung obwaltete, daß den Buchdruckern auch noch Gelder zu zukünftigen Streiks übrig bleiben, wollen wir dahin gestellt sein lassen. Thatsache ist, daß sich die Buchdrucker für diese „väterliche Fürsorge“ ernstlich bedanken und in allen ihren Versammlungen einmüthig und entschlossen ausriefen: „Nun erit recht vorwärts, durch Kampf zum Sieg!“ Da sich der Kampf der Buchdrucker zum Klassenkampf entwickelt hat, ist es Ehrenfache aller unserer Kollegen, die noch Beschäftigung haben (von den Arbeitslosen kann und wird Niemand etwas verlangen) — nun erit recht für die kämpfenden Buchdrucker-Arbeiter einzutreten und die Listen zum Generalfonds der Berliner Maurer, aus welchem alle Arbeiter ohne Unterschied des Berufes unterstützt werden, in Umlauf zu setzen. 1500 Mark sind den Buchdrucker-Arbeitern vom Generalfonds der Maurer Berlins bereits überwiesen; sorgt dafür, daß wir die hart bedrohten Kämpfer für das Recht der Arbeit noch mit weiterem „Pulver“ versorgen können.

Sammellisten sind bei den Vertrauensleuten der Berliner Maurer in folgenden Lokalen stets zu haben: Wilhelm Garde, Adlersdorferstraße 8, bei A. Wöhl (nimmt zu jeder Zeit Beiträge entgegen); A. Knappchen, Markstr. 31, bei Busch (kassirt jeden Sonnabend); A. Käppel, Solms- u. Fürbringerstraßen-Ecke, bei Brieger (kassirt jeden Sonnabend); W. Harnisch, Anklamerstr. 40, bei Wartig (kassirt jeden Sonnabend); W. Gerde, Diedenhofener- und Tredeowstraßen-Ecke, bei E. Schmidt; E. Hanisch, Hornstr. 11, bei Jochlin, und Kottstr. 40; L. H. Rosenstr. 90, bei Bernau (daselbst sind Marken und Listen zu jeder Zeit zu haben);

Nieke, Stalhoferstr. 61, bei Wihle; R. Weise, Köstnerstr. 17, bei Wendt. Der Vertrauensmann für Moabit, Kollege Nieger, hat seinen Posten abgegeben und werden die Moabiter Kollegen daher ersucht, etwaige Sammelgelder an den Kollegen Weise abzuliefern. Ferner werden in der Expedition des „Bauhändler“, Urbanstr. 124, zu jeder Zeit Listen zum Generalfonds verausgabt und Beiträge entgegengenommen. Mit solidarischen Gruß Die Vertrauensleute der Berliner Maurer. J. A.: F. Wille, Urbanstr. 124.

NB. Sämmtliche Kollegen werden gebeten, zu der am Sonntag, den 10. Januar, stattfindenden öffentlichen Maurerverammlung, welche im Inzeratentheile des „Vorwärts“ bekannt gemacht wird, recht zahlreich zu erscheinen.

An alle Kollegen des Fachvereins der in Buchbindereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter! Kollegen! In unserer am Montag, den 4. Januar, abgehaltenen zahlreich besuchten Versammlung wurde beschlossen, daß jedes Vereinsmitglied von diesem Tage ab 5 pCt. seines Wochenverdienstes an jedem Lohnstage zur Unterstützung der streikenden Buchdrucker-Arbeiter steuern solle.

Die Vertrauensmänner der verschiedenen Werkstätten werden nun ersucht, diese Gelder jeden Sonnabend zu kassiren und alsbald an unseren Kassirer abzuliefern. In Werkstätten, wo keine Vertrauensmänner sind, ist es Ehrenpflicht eines jeden einzelnen Kollegen, obigen Beschluß auszuführen. Kollegen! In unserem eigenen Interesse liegt es, unser Möglichstes zum Gelingen des Streiks der Buchdrucker mit beizutragen. Darum sollte auch nicht einer von uns zurückstehen, sondern Mann für Mann sollte unsern Arbeitsbrüdern den Kampf erleichtern, wozu hauptsächlich pekuniäre Unterstützung erforderlich ist. Deshalb thue jeder seine Schuldigkeit bis aufs Aeußerste. In dieser Bewegung, wo der gesammte Kapitalismus und mit ihm verbündet die Regierungen offen den Arbeitern gegenüber stehen, muß Alles aufboten werden, damit der Sieg uns zufällt. Mit kollegialischem Gruß Der Vorstand des Fachvereins der in Buchbindereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter. J. A.: Chr. Schopper.

Zwei streikende Handschuhmacher aus Friedrichshagen, welche 4 1/2 Monate ausreichende Unterstützung erhalten haben, sind in einer gesperreten Fabrik in Haynau in Schlesien in Arbeit getreten. Der „Volkswacht“ wird dazu geschrieben: „Einer davon ist der größte Schreiber von den Streikenden gewesen, denn vor wenigen Monaten machte sein Name die Runde durch alle Arbeiterblätter. Wer hätte wohl auch nicht gelesen: „Geldbesand sind zu richten an M. Unger, Friedrichshagen, Seestraße 18.“ — Das war nicht schon von dem Herrn M. Unger Der Führer ist erst recht verpflichtet, im Kampfe auszuhalten.“

Wieder eine behördliche Anerkennung des Nothstandes! Die Polizeibehörde von Kemscheid hat nach der „Westfäl. freien Presse“ das vom dortigen Volksverein geplante öffentliche Sylvesterfest u. A. mit dem Hinweis darauf verboten, daß jetzt Nothstand sei und deshalb zu öffentlichen Vergnügungen so wenig wie möglich Erlaubniß erteilt werden solle. Daß durch das Verbot von Festen — gleiche Beobachtung dieses Verfahrens gegen Jedermann darf man bei der deutschen Polizei ja voraussetzen — der Geschäftsgang noch trübseliger werden muß als er schon ist, kann indessen nicht verschwiegen werden, trotzdem die Anerkennung des Nothstandes der Einsicht der Kemscheider Polizei ein sehr günstiges Zeugniß ausstellt.

Kurruhen sollen, wie dem „Reichs-Anzeiger“ aus Schweden berichtet wird, zwischen den streikenden Bergarbeitern der Kärgrube und der Polizei stattgefunden haben, weil die Ausständigen sich im Zuge nach den Häusern begeben hatten, in denen jene Bergleute wohnen, welche sich am Streik nicht betheiligten. Die Polizisten forderten die Arbeiter auf, sich sofort zu zerstreuen, was ihrerseits wohl nicht in der elegantesten Weise geschehen sein wird. Die Arbeiter ließen sich zu Drohungen hinreißen, die Polizisten wollten die „Ausheldrer“ verhaften, darauf sollen die Streikenden die Polizei angegriffen haben. Soweit der Bericht des Regierungsorgans, der, wenn er zutrifft, was bei den jedenfalls nicht durch Gewerkschaftsthätigkeit disziplinirten Bergleuten ja möglich sein mag, weiter nichts beweist, als die Unfähigkeit der alten Staaten, die Arbeiterfrage auch nur einigermaßen erträglich zu erledigen. Polizei und immer wieder Polizei — das ist der Inbegriff der Regierungswelt in dieser Sache, und dieselbe Geschichte wiederholt sich in allen Ländern, auch im Deutschen Reich, trotz seiner vielberühmten Sozialreform.

Ein Weihnachtsgeschenk, wie es die deutschen Fabrikanten, insbesondere die Buchdruckerbetriebe, kaum jemals ihren Arbeitern verabfolgen dürften, erhielten am 24. Dezember die Arbeiter der bekannten Scotia-Maschinenwerke in Sunderland von dem Besitzer derselben, Mr. Allan. Er machte den Arbeitern bekannt, daß von jetzt ab der 8 stündige Arbeitstag (48 Stunden pro Woche) für alle Arbeiter ohne Lohnabzug in seinem Etablissement eingeführt sei. Nun, deutscher Spießbürger, was sagst Du dazu?

Die Maler in Süd-Wales streiken seit Anfang Dezember, weil die Meister von den seit letztem Februar in Kraft gewesenen Vereinbarungen ohne Einhaltung der Kündigungsfrist zurückgetreten, also kontraktbrüchig geworden sind.

In Kiel ist den Besitzern von Regelfahnen durch die Polizeibehörde unterlagt worden, künftighin schulpflichtige Kinder nach 9 Uhr Abends zum Kuffehen der Regel zu beugen. Das ist jedenfalls einmal eine Polizeiverfügung, welche man freudig begrüßen kann.

Die Mainzer Zigarren- und Tabakhändler machen durch Inzerat bekannt, daß sie von jetzt ab während der Wintermonate mit Ausnahme des Sonntags 9 Uhr Abends die Geschäfte schließen.

## Versammlungen.

Die öffentliche Volksversammlung, welche seitens des Ausführungsanschlusses der Streik-Kontrollkommission für den 6. d. M. zu Gunsten des Buchdruckerstreiks nach dem Saale der Kronen-Bräuerei einberufen worden war, hatte sich trotz der unglünstigen Witterung und der sehr entlegenen Lage des Lokals eines regen Besuches zu erfreuen. In derselben sprach Herr Philipp Schmitt über das Thema: „Der Buchdruckerstreik — ein Klassenkampf, und die Maßnahmen der Regierung.“ In allgemeinen Umrissen gab derselbe eine Schilderung der Buchdruckerbewegung vom Jahre 1848 an und ging sodann in seinen Ausführungen auf den jetzigen Zustand in eingehender Weise ein, unter dem Beifalle der Versammlung hervorhebend, daß derselbe lediglich der Verkürzung der Arbeitszeit gelte. Die Buchdrucker wären sich bewußt gewesen, daß durch diesen Schritt sie einen Vorstoß für die übrige Arbeiterschaft unternahmen. Die Prinzipale hätten dies wohl eingesehen und deshalb eine auch nur halbständige Verkürzung der Arbeitszeit aus Prinzip abgelehnt. Der



